



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1990

Grafik des Monats: Altersaufbau der Bevölkerung
Schleswig-Holsteins am 31. 12. 1989 und 1. 1. 2005

Aufsätze: Landtagshearing zur Weiterentwicklung der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Nutzungsarten der Bodenflächen 1989

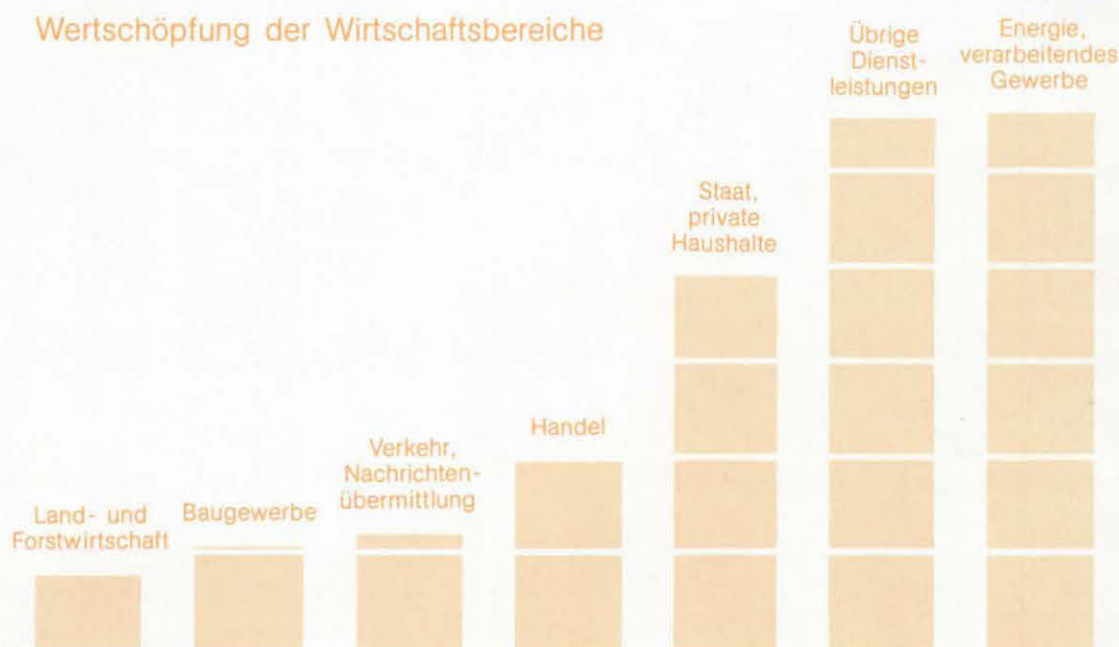
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1987:

die Wirtschaftszweige in den Kreisen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Aus unserem Archiv

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		August 1990		Januar bis August 1990	
Beschäftigte	1 000	180	+ 5,0	175	+ 4,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	16	+ 8,0	16	+ 4,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	694	+ 9,9	662	+ 9,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 838	+ 21,3	3 572	+ 9,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 042	+ 23,3	2 749	+ 11,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	796	+ 14,0	823	+ 5,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 042	- 12,6	2 136	+ 0,1
aus dem Inland	Mill. DM	1 435	- 1,2	1 433	+ 1,5
aus dem Ausland	Mill. DM	606	- 31,4	703	- 2,7
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	41	+ 1,8	40	+ 1,5
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 4,2	4	+ 2,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	140	+ 8,7	120	+ 9,0
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	521	+ 28,0	397	+ 13,7
Auftragseingang ³	Mill. DM	311	+ 4,0	273	+ 18,2
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 153	+ 42,5	989	+ 51,0
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	626	- 46,2	593	+ 8,4
Einzelhandel					
		Juli 1990		Januar bis Juli 1990	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	139,8	+ 17,5	122,5	+ 9,8
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	168,6	+ 6,9	114,0	+ 4,5
Fremdenverkehr ⁵					
Ankünfte	1 000	524	+ 2,8	305	+ 7,5
Übernachtungen	1 000	3 344	+ 4,6	1 565	+ 8,7
Arbeitsmarkt					
		August 1990		Januar bis August 1990	
Arbeitslose	Anzahl	85 088	- 8,9	98 903	- 5,0
Außenhandel					
		Juni 1990		Januar bis Juni 1990	
Ausfuhr	Mill. DM	902,8	- 21,8	1 026,5	- 2,6
Kredite ⁶					
		Juli 1990		Januar bis Juli 1990	
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 993	+ 8,9	9 880	+ 11,0
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	52 398	+ 2,6	52 138	+ 3,0

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 10/90

	Seite
Aktuelle Auslese	211
Aufsätze	
Landtagshearing zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	212
Nutzungsarten der Bodenflächen 1989	218
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1987: die Wirtschaftszweige in den Kreisen	229
Aus unserem Archiv	235
Grafik des Monats	222
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 5/1990
Kommunalwahl 1990
Beheizung der Wohnungen 1987
Schafhaltung in Schleswig-Holstein
- Heft 6/1990
Eine Landgemeinde im Wandel
Die erzieherischen Einzelhilfen
in der Jugendhilfestatistik 1988
- Heft 7/1990
Regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- Heft 8/1990
Kommunalwahl 1990 (Teil 2)
Bevölkerung und Erwerbsquoten 1970 und 1987
- Heft 9/1990
Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung
Schleswig-Holstein auch im Winter immer attraktiver
Vermögenssteuer 1986
Weiterhin gutes Konjunkturklima
im verarbeitenden Gewerbe

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Geburtsziffern 1988	1/17
Bevölkerung und Erwerbsquoten 1970 und 1987	8/173
Wahlen	
Kommunalwahl 1990	5/104
Kommunalwahl 1990 (Teil 2)	8/169
Erwerbstätigkeit	
Pendler 1987	1/14
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Schafhaltung in Schleswig-Holstein	5/116
Nutzungsarten der Bodenflächen 1989	10/218
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Unternehmen und Beschäftigte 1987	1/ 5
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1987: die Wirtschaftszweige in den Kreisen	10/229
Produzierendes Gewerbe	
Verarbeitendes Gewerbe kräftig belebt	1/16
Verarbeitendes Gewerbe 1988: Investitionsquote leicht gesunken	3/63
Konjunkturklima im verarbeitenden Gewerbe	9/207
Handel und Gastgewerbe	
Schleswig-Holstein auch im Winter immer attraktiver ...	9/202
Verkehr	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	3/44
Öffentliche Sozialleistungen	
Erzieherische Einzelhilfen in der Jugendhilfestatistik 1988	6/133
Öffentliche Finanzen	
Vermögensteuer 1986	9/206
Preise	
Die Preisindizes für die Lebenshaltung	2/24
Löhne und Gehälter	
Arbeitnehmereinkommen 1986 und ihre Besteuerung ..	9/192
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Die Bedeutung neuer Pendlerzahlen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	2/36
Die Einkommen in den Kreisen aus der Sicht der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	3/44
Zu Methoden und Problemen regionaler Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	7/148
Landtagshearing zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	10/212
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1989	4/67
Beheizung der Wohnungen 1987	5/111
Eine Landgemeinde im Wandel	6/128



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang

Heft 10

Oktober 1990

Aktuelle Auslese

Mehr Ärzte



Ende 1989 waren in Schleswig-Holstein 7 121 Ärztinnen und Ärzte tätig. Ein Viertel davon waren Frauen. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Ärztinnen und Ärzte wiederum (um 1,6 %), so daß Ende 1989 eine(r) durchschnittlich nur noch 364 Einwohner betreute. Von den Ärzten (Männer und Frauen) arbeiteten 44 % in freier Praxis, 2 % als Assistent eines Arztes in freier Praxis. Die Zahl der Ärzte, die hauptberuflich in einem Krankenhaus arbeiteten, war nur geringfügig größer als die der Freiberufler. In der Verwaltung oder Forschung arbeitete fast ein Zehntel der Ärztinnen und Ärzte.

Die Zahl der Zahnärzte (Männer und Frauen) hat sich mit 1,4 % gegenüber dem Vorjahr etwa gleich stark erhöht wie die der Ärzte. Unter den 1 750 Zahnärzten, von denen Ende 1989 jeder für durchschnittlich 1 483 Einwohner zur Verfügung stand, waren 349 oder 20 % Frauen.

Die genannten Zahlen stammen von den Gesundheitsämtern, sie schließen auch die Ärzte der Bundeswehr ein, nicht jedoch die von Polizei und Grenzschutz.

Am besten liefen die Geschäfte im Einzelhandel (EH) mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen (+ 15,9 % zum Vormonat, + 45,6 % zum Vorjahresmonat), im EH mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw. (+ 27,3 %, + 36,1 %), im EH mit Papierwaren, Druck-erzeugnissen, Büromaschinen (+ 32,7 %, + 32,2 %), im EH mit Waren verschiedener Art, den insbesondere Kauf- und Warenhäuser sowie Verbrauchermärkte betreiben, (+ 19,7 %, + 16,6 %) und im EH mit Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren (+ 14,0 %, + 16,8 %).

Der Einzelhandel mit Kraftwagen war gleich doppelt begünstigt. So wurden einerseits erheblich mehr fabrikneue Fahrzeuge verkauft als noch vor einem Jahr, und andererseits ließ die starke Nachfrage aus der DDR nach preisgünstigen Gebrauchtwagen die Lagerbestände der Händler erheblich schrumpfen.

Jenseits der Grenze waren die Umsätze — nach Angaben des Statistischen Amtes der DDR — um 44 % niedriger als im Juli 1989, in den grenznahen Bezirken zur Bundesrepublik Deutschland sogar teils noch erheblich geringer.



Einzelhandel im ersten Monat der Währungsunion

Seit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze hat der Einzelhandel im Bundesgebiet kräftig zugelegt. Besonders begünstigt waren dabei die Geschäfte in den Grenzregionen zur DDR.

Auch in Schleswig-Holstein verzeichnete der Einzelhandel hohe Umsatzsteigerungen. Nach einem Plus von 7,7 % im ersten und 9,1 % im zweiten Quartal schloß die vorläufige Bilanz des 1. Halbjahres 1990 mit einem Umsatzplus von 8,4 %, preisbereinigt 6,1 %.

Einen zusätzlichen Nachfrageschub löste die deutsche Währungsunion aus. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen setzte der Einzelhandel in Schleswig-Holstein im Juli 1990 nominal rund 17 % mehr um als im Juli 1989. Von Juni zu Juli 1990 stiegen die Einnahmen um beachtliche 11 %.



Zahl der Studierenden weiter steigend

Im Sommersemester 1990 waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 36 475 Studentinnen und Studenten eingeschrieben, 7 % mehr als im Sommer 1989. Für 1 725 Studenten (+ 6 %) war das diesjährige Sommersemester auch das erste Hochschulsemester.

Die meisten Studierenden (18 344) besuchten eine Universität, davon 17 216 (+ 1 % gegenüber Sommersemester 1989) die CAU Kiel und 1 128 (- 4 %) die Medizinische Hochschule Lübeck.

Besonders stark ist die Studentenzahl an den pädagogischen Hochschulen gestiegen, und zwar an der PH Flensburg um 28 % auf 721 und an der PH Kiel um 13 % auf 1 572. Die Zahl der Fachhochschüler (ohne Verwaltungsfachhochschule) erhöhte sich um 15 % auf 14 570.

Landtagshearing zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Zur Genesis der Thematik

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen liefern Daten zur Messung des ökonomischen Erfolges. Sie dienen vor allem der kurz- und mittelfristigen Konjunkturbeobachtung, sind für Steuerschätzungen, Analysen der Arbeitsmarktentwicklung und viele andere wirtschafts- und tarifpolitische Zwecke unerlässlich. An den Methoden und Ergebnissen hat es aber stets auch Kritik gegeben. So wird vorgebracht, daß das traditionell gemessene Sozialprodukt

- Güter und Dienste enthalte, die lediglich Folgeschäden des Wirtschaftens verhindern oder reparieren, insofern also nicht unmittelbar der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dienen, und
- die sog. „externen Effekte“ — den Abbau natürlicher Ressourcen, die bleibenden Schäden an der Gesundheit der Menschen, an ihrer Umwelt, an ihren Bauwerken usw. — nicht werte/bewerte und deshalb auch nicht als Kosten in Rechnung stelle.
- Beides, die Übererfassung der Güterproduktion und die Untererfassung der Produktionskosten, nähmen im Zeitablauf zu, das wirtschaftliche Wachstum werde überhöht dargestellt. Es könne, wenn die Folgekosten des Wirtschaftswachstums größer würden als der Produktionszuwachs, sogar zu einem „Leerlauf der Zivilisationsmaschine“ kommen.¹

Über die kompensatorischen Kosten des Sozialprodukts, so auch der Titel des Aufsatzes, erschien bereits in Heft 10/1989 dieser Zeitschrift ein Beitrag.

In den siebziger Jahren wurde die Kritik kaum außerhalb der wissenschaftlichen Zirkel artikuliert, in den Achtzigern nahm sie dann breiteren Raum ein und tauchte auch schon häufiger in den Medien auf. Auf Initiative der GRÜNEN kam es im Mai 1989 zu einer Anhörung im Innenausschuß des Deutschen Bundestages, bei der deutlich wurde, daß es auch in den Parteien ein breiteres Interesse an diesem Thema gibt.

1) Binswanger, H. C. und W. Geissberger, T. Ginsburg (Hrsg.), Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle, Frankfurt a. M. 1978, S. 105

Das Statistische Bundesamt hatte in den achtziger Jahren bereits Gedanken entwickelt, die traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) um sog. „Satellitensysteme“ zu ergänzen, so u. a. zur Umweltproblematik, und hatte dazu auch — vor allem in seiner Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ (Bände 4, 6 und 7) — Aufsätze und Diskussionsbeiträge veröffentlicht. In der internationalen Diskussion war es damit allerdings nicht Protagonist, sondern zog nur nach.

Natürlich hatte man auch immer wieder darauf hingewiesen, daß das Sozialprodukt nicht als Wohlfahrtsindikator mißbraucht werden dürfte und daß der Versuch, die Umweltproblematik statistisch-empirisch in die Kreislaufrechnung der VGR einzubauen, enorme Probleme aufwerfe. Ein Satellitensystem sollte hier — unter Beibehaltung der traditionellen VGR — den vom Ansatz her bescheidenen, aber dafür erfolgversprechenden Einstieg in die Thematik ermöglichen.

Im Laufe des Jahres 1989 gelangte das Statistische Bundesamt zu der Auffassung, daß der Satellitensystem-Ansatz der Komplexität des Themas möglicherweise nicht gerecht werde, sondern daß es einer umfassenderen, ganzheitlichen Betrachtung bedürfe. Ein Rechenwerk sui generis sollte geschaffen werden. Mit seiner Konzeptionierung wurde im Herbst 1989 begonnen. Es erhielt den Namen „Umweltökonomische Gesamtrechnung“; ein Begriff, der seinem Benutzer eigentlich für alle seine Bestandteile eine besondere Betonung abverlangt. Auch das Kürzel „UGR“ ist deutlich — und das auch bewußt — an „VGR“ angelehnt. Die Satellitensystem-Ansätze sollen Bestandteil der UGR werden. Daß unter der Bezeichnung „Umweltökonomische Gesamtrechnung“ etwas entwickelt werden solle, das „über die bisher dominierenden Überlegungen zur Entwicklung eines 'Satellitensystems'“ hinausgehe, von der VGR unabhängig, aber mit ihr vielfältig verbindbar sei, äußerte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Egon Hölder, in einem 13-Seiten-Papier, das er zu einer Tagung der International Association for Research in Income and Wealth (IARIW) — der internationalen Gesamtrechnervereinigung — im August 1989 in Lahnstein vorlegte. In den Presseberichten über diese Tagung tauchte verstärkt das Schlagwort vom „Ökosozialprodukt“ auf, dessen

Berechnung man probieren wolle. Allerdings paßt dieser Begriff eher zu einem Satellitensystem der VGR. Die UGR sieht ein Ökosozialprodukt nicht vor.

Die Lösung der UGR von der VGR erläuterte Hölder dann in einem Vortrag über „Ziel und Aufbau einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ vor dem Statistischen Ausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im November 1989, in dem er auf den gegenüber der VGR deutlich breiteren Ansatz verwies und darauf, daß die VGR definitorischen, administrativen (EG-Finanzierung) und terminlichen Zwängen unterliege.

Die duale Entwicklung — Satellitensystem und ganzheitliche UGR — ist keine deutsche Besonderheit, sondern auch in der internationalen Diskussion gibt es Verfechter für Satellitensysteme wie für holistische (ganzheitliche) Ansätze.²

Im Juli 1990 hat das Statistische Bundesamt das Konzept der UGR der Öffentlichkeit vorgestellt und dazu eine umfangreiche Pressedokumentation vorgelegt: Der Grundgedanke einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung sei es, die kreislaufmäßigen Zusammenhänge von Ressourceneinsatz, Produktion und Verbrauch, Emission, Immissionslage zu verfolgen und diese Vorgänge — soweit möglich — zu erfassen und in DM zu bewerten. Ein „großer Wurf“, der das System in einem Zuge kreiert, sei aufgrund der erheblichen methodischen Probleme allerdings nicht zu erwarten. Der Vorschlag für einen Einstieg in eine UGR gehe davon aus, daß als Grundinformationen

- die Entnahme und der Verbrauch biotischer und abiotischer Ressourcen
- die Belastung von Boden, Wasser und Luft und
- die Emission von Schadstoffen und Abfällen

benötigt würden, dazu auch die Aufwendungen zum Umweltschutz. Eventuell könnten die „objektiven“ statistischen Daten durch subjektive Experteneinschätzung ergänzt werden. Als Form der Zahlensammlung wird ein Baustein-System vorgeschlagen, das einen sukzessiven Aufbau ermöglichen soll.

Diese Bausteine benutzen — soweit möglich — gemeinsame Klassifikationen. Die Aufstellung solcher Klassifikationen wird als eines der wichtigsten Pro-

bleme im angestrebten Bausteinsystem gesehen, weil sie wesentlich Umfang und Gliederungstiefe des Berichtssystems bestimmen. Dies ist deshalb mit Vorrang bereits betrieben worden und nimmt einen großen Teil des Dokumentationsbandes ein.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte in seinem Jahresgutachten 1989/90 (Ziffer 284) — also auch schon vor der Präsentation des Konzepts — begrüßt, „daß die amtliche Statistik dabei ist, eine Umweltökonomische Gesamtrechnung aufzubauen“, schätzt aber die Chancen, ein „ökologisches Gesamtergebnis“ zu berechnen, nicht hoch ein. Auch die Bundesregierung hatte von den Bemühungen des Statistischen Bundesamtes „eine weitere wesentliche Verbesserung der Informationsgrundlagen für die Umweltpolitik“ erwartet, aber „gegenwärtig die zuverlässige Berechnung eines ökologischen Gesamtergebnisses, das mit dem herkömmlichen Sozialprodukt in eine enge Beziehung gesetzt werden kann, vor allem aus methodischen Gründen für nicht möglich“ gehalten. Gleichzeitig sei eine hohe Transparenz des ökologischen Geschehens unabdingbar, dies spreche für ein Nebeneinander von Sozialproduktsberechnung und umweltpolitischen Gesamtdaten (Jahreswirtschaftsbericht 1990, Ziffer 53).

Die UGR ist bisher ein rein konzeptionelles Gebilde und wird es wohl noch eine ganze Zeit bleiben. Auf ebenfalls lange Zeit wird diese Datensammlung noch technisch-wissenschaftlich ausgerichtet sein. Für die Bewertungsprobleme gibt es noch keine in der Praxis bewährten Verfahren. Die Monetarisierung muß deshalb wohl an das Ende der Entwicklung geschoben werden.

Auch der „Wissenschaftliche Beirat zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung“, der im Februar 1990 als unabhängiges Beratungsgremium vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit berufen worden ist, hat auf die Bewertungsschwierigkeiten deutlich hingewiesen. Dieser Beirat hat seine Tätigkeit auf mindestens zwei Jahre veranschlagt. Seine Mitglieder haben Einvernehmen darüber, daß VGR und UGR zunächst parallel zu entwickeln und erst dann miteinander verknüpfbar seien.

In Schleswig-Holstein hatte bereits im Sommer 1989 der Arbeitskreis Finanzen der SPD-Landtagsfraktion Interesse an der Thematik entwickelt. Er erörterte mit dem Statistischen Landesamt die Möglichkeit, speziell für das Land die Folgekosten des Wirtschaftens zu berechnen. Im Januar 1990 veranstaltete die SPD-Landtagsfraktion ein Forum zu den „Möglichkeiten ei-

2) Eine Beschreibung dieser Methodendebatte findet sich bei Leipert, C., Die heimlichen Kosten des Fortschritts, Frankfurt 1989, S. 80 ff.

ner realitätsgerechteren Wohlberechnung", so der Titel. Sie hat hierzu inzwischen auch eine Dokumentationsschrift mit den Beiträgen herausgegeben, die die Referenten vom Wissenschaftszentrum Berlin (Simonis und Leipert), vom Statistischen Bundesamt, vom B.U.N.D., von der Universität Hamburg und vom Statistischen Landesamt dazu geleistet haben.

Die SPD-Fraktion brachte Anfang 1990 in den Landtag die Initiative ein, daß die Landesregierung aufgefordert werde, das Statistische Landesamt eine Umweltökonomische Gesamtrechnung für Schleswig-Holstein entwickeln zu lassen. Diese Initiative (siehe Kasten) wurde

am 14. März 1990 im Plenum des Landtages behandelt und wie üblich an die Ausschüsse verwiesen: federführend Wirtschaft, beteiligt Finanzen. Im Zuge ihrer Beratungen beschlossen beide Ausschüsse für den 13. September 1990 eine gemeinsame Anhörung von Experten. Die Anhörung war — wie inzwischen grundsätzlich alle Ausschußsitzungen des Landtages — öffentlich. Die folgende Schilderung gibt die Erinnerungen und die Notizen des Autors wieder. Ein Protokoll stand noch nicht zur Verfügung, die Wiedergabe der Statements ist mit den Sachverständigen nicht abgestimmt worden. Die Fußnoten sind ergänzende Hinweise des Autors.



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

12. Wahlperiode

Drucksache 12/729

22. 02. 90

Antrag

der Fraktion der SPD

Weiterentwicklung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Ankündigung des Statistischen Bundesamtes, im Jahr 1990 in Ergänzung zur bisherigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein Modell für eine umweltökonomische Gesamtrechnung vorzulegen, in dem „kompensatorische“ Kosten des Wirtschaftens getrennt ausgewiesen werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß das Statistische Landesamt für Schleswig-Holstein eine vom Modell des Statistischen Bundesamtes ausgehende umweltökonomische Gesamtrechnung für Schleswig-Holstein entwickelt. Dabei sollen sowohl die bisher erfaßten Kosten berücksichtigt werden als auch — schrittweise — Wertminderungen, die durch wirtschaftliche Aktivitäten ausgelöst worden sind.

Sozial- und umweltbezogene Daten sollen künftig nach Beständen und Bestandsänderungen getrennt ausgewiesen werden. Ziel ist es, in Zukunft eine integrierte Berichterstattung von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu erreichen.

Begründung:

Noch immer wird das Bruttosozialprodukt als Wohlstandsindikator verwendet. Aber ein zunehmender Teil davon besteht aus „kompensatorischen“ Kosten; — d. h. „Reparaturaufwendungen“, die erforderlich werden, um negative Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten zu

kompensieren. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, daß der Anteil der „kompensatorischen Kosten“ am Bruttosozialprodukt heute bereits bis zu 15 % beträgt.

Solche Kosten können beispielsweise Maßnahmen zur Beseitigung von Luftverschmutzung und von Abfall, Aufwendungen bei Arbeitsunfällen, zur Behandlung von Krankheiten, die durch gesundheits-schädliche Lebens- und Arbeitsbedingungen entstanden sind, aber auch Maßnahmen zur Sanierung von Gebäuden oder höhere Personalausgaben im Bereich von Polizei und Justiz, um Straftaten verfolgen zu können, sein. Dabei muß jedoch einschränkend bemerkt werden, daß ein großer Teil der negativen Folgen des Wirtschaftens für Mensch und Natur quantitativ kaum erfaßbar ist, weil er nicht in Geld berechnet wird oder werden kann (z. B. geringere Lebensqualität durch zunehmend eingeschränkte Nutzung von Natur oder der Verlust an Artenreichtum bei Pflanzen und Tieren).

Ein Teil der „kompensatorischen Kosten“ ist bereits heute statistisch erfaßt, vermehrt jedoch gleichzeitig das Bruttosozialprodukt. Darüber hinaus lösen zahlreiche wirtschaftliche Aktivitäten, die sich in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher als Wertschöpfungsbeiträge niederschlagen, Wertminderungen, z. B. Luftverschmutzung, Saurer Regen, aus, ohne daß diese erfaßt und bewertet werden. Diese Datenlücke muß in Zukunft — soweit es geht — geschlossen werden.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert also Ergebnisse, wie das Bruttosozialprodukt, deren positive Veränderungsraten Wohlstandsgewinne signalisieren, es jedoch nur zu einem Teil wirklich sind. Sie suggerieren politischen Erfolg, der oft keiner ist. Dies sollte sich künftig ändern.

Das neue Denken muß jedoch auch verstärkt in das politische Handeln einfließen. Es gilt, Schäden an unserem Ökosystem und damit „kompensatorische Kosten“ von vornherein zu vermeiden. Einer neuen Art der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung muß also eine neue Politik entsprechen.

Das heißt auch, daß die drei Eckpunkte der Wirtschaftspolitik, nämlich Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftliches Gleichgewicht um den Erhalt der Evolutionsfähigkeit der Natur ergänzt werden müssen. Das heißt auch, daß die Wirtschaftsberichterstattung als integralen Bestandteil die Situation der natürlichen Mitwelt des Menschen einzubeziehen hat. Eine umweltökonomische Gesamtrechnung liefert hierfür das Zahlenwerk und damit ein wichtiges Mittel zur Erfolgskontrolle.

Dr. Joachim Lohmann

Jens Vollert

und Fraktion

Die Statements

Zur Anhörung waren sechs Sachverständige erschienen:

- Dr. Beckenbach
(Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Berlin)
- Dr. Freitag
(Bundesverband der Deutschen Industrie)
- Dr. Hockel
(Deutscher Gewerkschaftsbund)
- Dr. Härtel
(HWWA — Inst. für Wirtschaftsforschung Hamburg)
- Präsident Hölder
(Statistisches Bundesamt)
- Dr. Mohr
(Leiter Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein)

Der Abgeordnete Kribben, der als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses die Anhörung leitete, bat die Sachverständigen, zunächst und nacheinander ihren Standpunkt in der Thematik zu skizzieren. Präsident Hölder sollte beginnen und dabei auch die Grundkonzeption der UGR kurz darlegen. Dr. Mohr wurde aufgefordert, sich als Letzter und dann besonders zur Realisierbarkeit einer UGR für Schleswig-Holstein zu äußern.

Präs. Hölder ging auf Vorgeschichte, Philosophie und Planung der UGR ein, schilderte auch, warum das Statistische Bundesamt von seiner Ansicht nach zu engen Satellitensystem-Ansatz auf die umfassendere UGR-Konzeption gekommen ist. Eine Idee sei gewesen, den kreislaufanalytischen Gedanken der VGR-Konzeption auch in die UGR zu übernehmen. Er stellte den noch konzeptionellen Charakter der UGR heraus und wies darauf hin, daß er daran bisher lediglich mit „Bordmitteln“ arbeite. Präs. Hölder schilderte kurz die bereits vorgestellten Grundideen der UGR, unterstrich und begründete das Grundziel der möglichst völligen Monetarisierung der Daten. Die UGR solle eine Sammlung und Ordnung von Daten sein, die wegführe davon, daß die Diskussionen immer nur skandalorientiert liefen. Für die Nutzung der Daten sei nicht so sehr wichtig, wann die ersten davon zur Verfügung stehen, sondern ihr Wert zeige sich erst in den Folgejahren.

Dr. Beckenbach als Vertreter der „alternativen“ Richtung³ gab einen kurzen historischen Abriss von Zweck und Struktur der VGR. Er verwies u.a. darauf, daß die Entwicklung der VGR viele ihrer Impulse aus

Überlegungen zur Kriegsfinanzierung bekommen habe⁴. Er beklagte die Dominanz des Wachstumsziels und die faktische Gleichsetzung von Wohlstand und Wachstum in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Die VGR sei explizit keine Vermögensrechnung, von daher gegenwartsorientiert und nur dem kurzfristigen ökonomischen Erfolg auf der Spur. Es finde eine formale Gleichbehandlung der Sektoren in einer Weise statt, die eigentlich nur dem Unternehmenssektor gerecht werde. Beim Staatsverbrauch und bei den privaten Haushalten sei die Beschränkung auf Geldströme verengend. Insofern habe die VGR eingebaute Konstruktionsfehler. Ihr Korsett sei viel zu eng. Um den zunehmenden wohlfahrtstheoretischen Informationsansprüchen besser gerecht zu werden, gebe es zwei Strategien, nämlich die VGR auszubauen oder Nebenrechnungen zu führen. Dr. Beckenbach begrüßte die UGR des Statistischen Bundesamtes, fand die Gedanken verfolgenswert und lobte den experimentellen Charakter, der es auch erlaube, gleichzeitig auf allen Ebenen anzufangen. Kritisch bemerkte er, daß er den Übergang zur VGR noch nicht sehe. Die Kreislaufanalogie der UGR zur VGR sei falsch, da es in der Ökologie diesen Kreislauf so nicht gebe: Bei vielen Umweltschäden seien die Ausgangsbedingungen gerade *nicht* wiederherstellbar. Die üblichen, einfachen Emissions-/Immissionsmodelle reichten nicht für die Komplexität der Ökosysteme. Der Aufbau von Risikostrukturen werde nicht erfaßt. Bei der Monetarisierung gebe es Schief lagen. Am Beispiel der Rohölpreise machte er seinen Zweifel deutlich, daß Preise wirklich Knappheitsindikatoren seien. Bei der statistischen Messung von Umweltschutzaktivitäten gebe es die Gefahr von Unterbewertungen, solange man sich nur auf die end-of-the-pipe-Technologie⁵ richte. Dr. Beckenbach plädierte für das Konzept der ökologischen Folgekosten, wie es vor allem Leipert skizziert habe. Allerdings habe auch dieses Konzept noch Probleme mit der Definition von Folgekosten, mit Doppelzählungen und mit der Periodi-

4) Keynes hat mit seiner Schrift „How to Pay for the War“ 1940 gezeigt, wie die Volkseinkommensanalyse in Großbritannien zur Lösung des Problems einer möglichst inflationsarmen Kriegsfinanzierung beitragen konnte. Ähnliche Impulse gab es auch in den Vereinigten Staaten und anderswo. (nach Stobbe, A., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, v. 1979, Band 8, S. 398)

5) Mit end-of-the-pipe-Technologie sind die lediglich nachsorgenden, am Ende der Produktionsprozesse stehenden Anlagen wie Kläranlagen, Schornsteinfilter u. ä. gemeint. Den Gegensatz bilden hier die vorsorgenden, früh im Produktionsprozeß ansetzenden und deshalb auch schwer ermittelbaren integralen Umweltschutzanlagen.

3) B. ist Mitherausgeber und Mitautor von „Grüne Wirtschaftspolitik, Machbare Utopien“, Köln 1985

sierung. Es müsse aber allemal aufgezeigt werden, welchen Anteil an der Wirtschaft die „Defensivindustrien“ hätten und wie hoch der „defensive Zwangskonsum“ sei.⁶

Dr. Härtel vom HWWA plädierte für ein Satellitensystem. Er habe eine starke Reserve gegen Überfrachtung der VGR. Ebenso wenig wie das individuelle Einkommen nichts über die Lebensqualität des Einkommensbezieher aussage, sei auch das Bruttosozialprodukt kein allgemeiner Wohlstandsindikator. Dr. Härtel kritisierte Leiperts Rechnung⁷, weil er für den aktuellen Rand der Zeitreihe Komponenten der Folgekosten mitgezählt habe, die 1970 noch gar nicht gemessen worden seien. Nur so komme es zu dem deutlichen Anstieg der Folgekosten. Aber selbst das, was dann nachbleibe, dürfe man nicht vom Sozialprodukt abziehen, denn Mehrkosten des Umweltschutzes würden überwälzt, die Preissteigerungen von den Gesamtrechnern dann aber in der Realwertbetrachtung neutralisiert. Außerdem verdrängten Investitionen in den Umweltschutz andere, für die Güterversorgung dienende Investitionen. Dies sei in bezug auf das traditionell gemessene Wachstum neutral. Im übrigen gebe es außer den negativen auch positive nichtmonetäre Effekte.⁸

Auch Dr. Hockel vom DGB plädierte dafür, das BSP so zu lassen, wie es ist. Er stellte ab auf die Frage, für welche Zwecke denn gerechnet werde. Man sei auch nicht auf die Idee gekommen, die Folgekosten der Arbeitslosigkeit dem Bruttosozialprodukt gegenzurechnen. Allerdings liefere für das Ziel des nachhaltigen Wachstums das BSP nicht unbedingt die richtige Information. Dies belegte er mit den Beispielen Indonesien und DDR, wo man unter Inkaufnahme von Ressourcenabbau kurzfristig durchaus Wachstum gehabt habe.

6) Zur Diskussion um den Begriff der „defensiven“ oder auch „kompensatorischen“ Kosten siehe Leipert, C., a.a.O., S. 310 f.

7) Nach Leiperts empirischer Analyse ist der Anteil der sogenannten defensiven Ausgaben in der Bundesrepublik Deutschland am Bruttosozialprodukt von 1970 bis 1988 um fünf Prozentpunkte auf 12 % gewachsen (Leipert, a.a.O., S. 126f.).

8) Das HWWA hat in Heft X/1989 seiner Monatszeitschrift „Wirtschaftsdienst“ unter der Rubrik „Zeitgespräch“ vier Beiträge gebracht, die sich mit der Frage befassen: Sollte der Indikator Bruttosozialprodukt geändert werden? Härtel hat seine Thesen dort detailliert ausgeführt. Die anderen Beiträge stammen von Hölder, Leipert (Wissenschaftszentrum Berlin) und Zimmermann (Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, stellvertretender Vorsitzender im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen).

Er verwies auf die aus der Schweiz⁹ kommende Definition von „qualitativem“ Wachstum (Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen und Erhalt der Umweltqualität). Dr. Hockel übte Kritik am Begriff Umwelt, wie ihn das Statistische Bundesamt benutze: Er sei ihm zu diffus. Die Statistik solle Informationen liefern, wie sich die Voraussetzungen nachhaltigen Wachstums verändert hätten. Es gelte, daß die Politiker den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik (Entropiesatz) lernten und verinnerlichten.¹⁰ Die UGR sehe er als positiven Beitrag, den Politikern und Ökonomen beizubringen, daß es Gesamtzusammenhänge zwischen Ökonomie und Ökologie gebe. Umweltschutz werde zu sehr noch als Menschenschutz verstanden.

Dr. Freitag stellte die derzeitigen Bemühungen um die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik heraus, hier insbesondere der Energiestatistiken und der Statistiken des Dienstleistungsbereichs. Dies sei ein dynamischer Prozeß, der auch zu einer Weiterentwicklung der VGR führe. Der Nachweis von Umweltschutzleistungen sei primär ein statistisch-methodisches Problem. Der BDI frage dabei aber stets nach den zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen. Es dürfe nicht darum gehen, die Thesenführung eines Modells zu bedienen, sondern es müßten dabei umzusetzende Erkenntnisse herauskommen. Auch die Ausweitungen der Umweltstatistiken würden vom BDI mitgetragen, die Industrie sei an statistischen Ergebnissen über die Umwelt durchaus interessiert. Die Dringlichkeit solcher Informationen hätten auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung unterstrichen. Alles spreche für ein eigenständiges Berichtssystem. Dr. Freitag erinnerte an das Bundesstatistikgesetz, wonach es wesentliche Aufgabe der Bundesstatistik sei, sachgerechte Konzepte, Methoden und technische Verfahren der Informationsgewinnung und -darbietung einzusetzen, die dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden entsprächen und wonach diese Statistik neutral, objektiv

9) Gemeint ist sicherlich die Autorengruppe um den St. Gallener Prof. Binswanger, die außer dem NAWU-Report (a.a.O.) auch andere Schriften zur Umweltökonomik vorgelegt hat. Der Begriff „qualitatives Wachstum“ ist detailliert erörtert in Binswanger, H. C. und H. Bonus, M. Timmermann, *Wirtschaft und Umwelt*, Stuttgart 1981, S. 80 ff.

10) Das zweite thermodynamische oder Entropiegesetz beschreibt, daß der Anteil der ökonomisch nutzbaren Potentiale an Materie und Energie in der Erdkruste irreversibel abnimmt. Entropie meint hier die Unumkehrbarkeit des Prozesses (nach Leipert, a.a.O., S. 318 f.). Siehe auch Binswanger, NAWU-Report, a.a.O., S. 78 ff.

und wissenschaftlich unabhängig zu sein habe. Die amtliche Statistik würde korrumpiert, wenn sie Daten nur zur Rechtfertigung von Modellen lieferte. Wachstum sei kein Ziel, sondern ein Mittel. Es sei sehr wohl mit Verminderung von Umweltschäden vereinbar. Die Statistik sei hier Orientierungshilfe. Voraussetzung für Wirtschaftsstatistik sei aber, daß die zu beobachtenden Sachverhalte im betrieblichen Rechnungswesen überhaupt erfaßt würden. Im übrigen könne es nicht der amtlichen Statistik angelastet werden, wenn nicht genügend zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstandsvermehrung unterschieden werde.

Dr. Mohr unterstrich den Konsens zwischen seinen Vorrednern, die VGR nicht anzutasten. Es gehe also um etwas Zusätzliches, Ergänzendes. Für die Regionalebene der Länder sei das aber wie in der VGR nur arbeitsteilig zu leisten. Auf seine entsprechenden Vorstöße im Kollegenkreis der Amtsleiter hätte man zwar mit Interesse, aber auch mit ressourcenbedingter Ablehnung dieses neuen Vorhabens reagiert. Aber selbst wenn es hier doch noch zu einer Arbeitsteilung käme, so wäre für die Länder das Bundeskonzept nicht 1 : 1 zu übernehmen. Die Kreativität der Länder sei für die speziellen Fragen der Regionalisierung gefordert, die der Bund so nicht habe. Eine Arbeitsgruppe der UGR müsse wohl etwa die Stärke wie die der VGR haben. Dies sei nur bei entsprechender Stellenzuweisung nach und nach zu realisieren. Zum Personalbedarf hinzu kämen auch Anforderungen von Sachmitteln für Forschungsaufträge und auch für Rechnerstützung. Er würde vorschlagen, mit der Berechnung der laufenden Kosten für den Umweltschutz im produzierenden Gewerbe und beim Staat zu beginnen und erst später den Regionalnachweis einer Emittentenstruktur¹¹ anzuge-

hen. Hier gebe es aber das Problem, daß außer Baden-Württemberg die Länder keine Input-Output-Rechnung hätten, denn es fehle an vielen Informationen, insbesondere über die Ströme von Gütern und Diensten, die die Landesgrenze überschritten. Der denkbare Versuch, den Aufbau einer solchen Verflechtungsrechnung einem Institut zu übertragen, werfe datenschutzrechtliche Probleme auf. Für einen landesspezifischen Einstieg in die Berechnung der Folgekosten des Wirtschaftens brauche man im Lande einen Beraterzirkel, der aus Vertretern der Fachressorts bestehen könnte und der u. a. Rückmeldung zur Priorität der Arbeiten gäbe. Dr. Mohr verwies darauf, daß die amtliche Statistik auch heute schon vielerlei Daten zur Umwelt bereitstelle.

Die Diskussion

Die anschließende, etwa zweistündige Diskussion, in der die Abgeordneten Fragen stellen und auch selbst ihre Auffassung äußern konnten, spannte einen weiten Bogen von Fragen zu Sinn und Zweck der Statistik überhaupt bis hin zu speziellen Aspekten der Monetarisierung von externen Effekten. So wurde auch gefragt, ob es für die Problematisierung des Wachstumsbegriffes nicht kontraproduktiv sei, wenn zunächst nur ein Teil und nicht die gesamten Folgekosten des Wirtschaftens ermittelt und dargestellt werden würden, denn dann könnte es zu einer Unterschätzung der Schäden kommen.

Aus der weiteren Diskussion sei hier nur festgehalten, was Präsident Hölder auf die Frage nach seinen Zeitvorstellungen zur UGR geantwortet hat: In zwei bis drei Jahren wolle man die Konzeptionsphase beendet haben. Zunächst sollten physikalische Größen ermittelt werden. Ein konkretes Ökosozialprodukt werde wohl noch zehn bis zwölf Jahre auf sich warten lassen.

Bernd Struck

11) Mit einer „Emittentenstruktur“ soll aufgezeigt werden, welche Emissionen der Stoffart X im Produktionsprozeß des Wirtschaftszweiges Y vermieden werden können, wenn die Nachfrage nach dem Gut Z sinkt. Das Statistische Bundesamt, das daran schon seit längerem arbeitet, benutzt dafür die Technik von Input-Output-Tabellen.

Nutzungsarten der Bodenflächen 1989

Der Bedarf an Informationen über die Nutzung des Bodens ist groß. Die Arbeit an zahlreichen Verfahren unter anderem zur Fernerkundung der Nutzung von Bodenflächen zeigt, daß Daten aus diesem Bereich mit steigender Tendenz nachgefragt werden. Die Bemühungen, zumindest gemeindescharfe Bodennutzungsdaten zur Verfügung zu stellen, haben zur ersten „Erhebung der Bodenflächen nach der Art der tatsächlichen Nutzung“ im Jahre 1979 geführt, die die Flächen bereits nach ihrer tatsächlichen Belegenheit auswies. Im Gegensatz dazu hatte allen anderen Erhebungen überwiegend das Betriebsprinzip zugrundegelegen, d. h. der Nachweis der Flächen am Sitz des Betriebes. Zehn Jahre später, 1989, wurde nun die vierte Flächen-erhebung durchgeführt, die zum ersten Mal aus zwei Teilen bestand:

- der Erhebung der tatsächlichen Nutzung, d. h. einer Auswertung von Unterlagen des Liegenschaftskatasters, und
- der Erhebung der geplanten Nutzung, die auf einer Auswertung der Flächennutzungspläne der Gemeinden beruht.

Eine ausführliche methodische Darstellung findet sich in Heft 6/1989 dieser Zeitschrift, S. 119 ff.

Die Ergebnisse der Erhebung der tatsächlichen Nutzung für das Jahr 1989 sollen im folgenden dargestellt werden. Über die in Schleswig-Holstein kurz vor dem Abschluß stehende Erhebung der geplanten Nutzung wird in einer späteren Ausgabe berichtet.

Der Erhebungskatalog entspricht dem 1966 von der „Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“ (AdV) entwickelten Nutzungsartenverzeichnis.

Wie in Heft 6/1989 beschrieben, ist der AdV-Katalog in Schleswig-Holstein noch nicht eingeführt worden. Der Realnutzungskatalog des Reichskatasters entspricht nur teilweise dem AdV-Nutzungsartenverzeichnis. Außer einfachen Umschlüsselungen von deckungsgleichen Merkmalspositionen waren deshalb erneut verschiedene Nutzungsarten mit Hilfe von Katasterunterlagen und anhand der Standortkenntnisse der Mitarbeiter zu schätzen.

Erhebung der tatsächlichen Nutzung Merkmalskatalog (Minimalprogramm)

100/200	Gebäude- und Freifläche
130	Gebäude- und Freifläche Wohnen ¹
170	Gebäude- und Freifläche Gewerbe und Industrie ¹
300	Betriebsfläche
310	Betriebsfläche Abbau- und Bergbau
400	Erholungsfläche
420	Grünanlage ¹
500	Verkehrsfläche
510	Straße ²
520	Weg
530	Platz
600	Landwirtschaftsfläche
650	Moor
660	Weide
700	Waldfläche
800	Wasserfläche
900	Flächen anderer Nutzung
940	Friedhof
950	Unland

1) Die Positionen 130, 170 und 420 können in Schleswig-Holstein nicht ermittelt werden

2) Die Positionen 510 bis 530 werden als Summe ausgewiesen

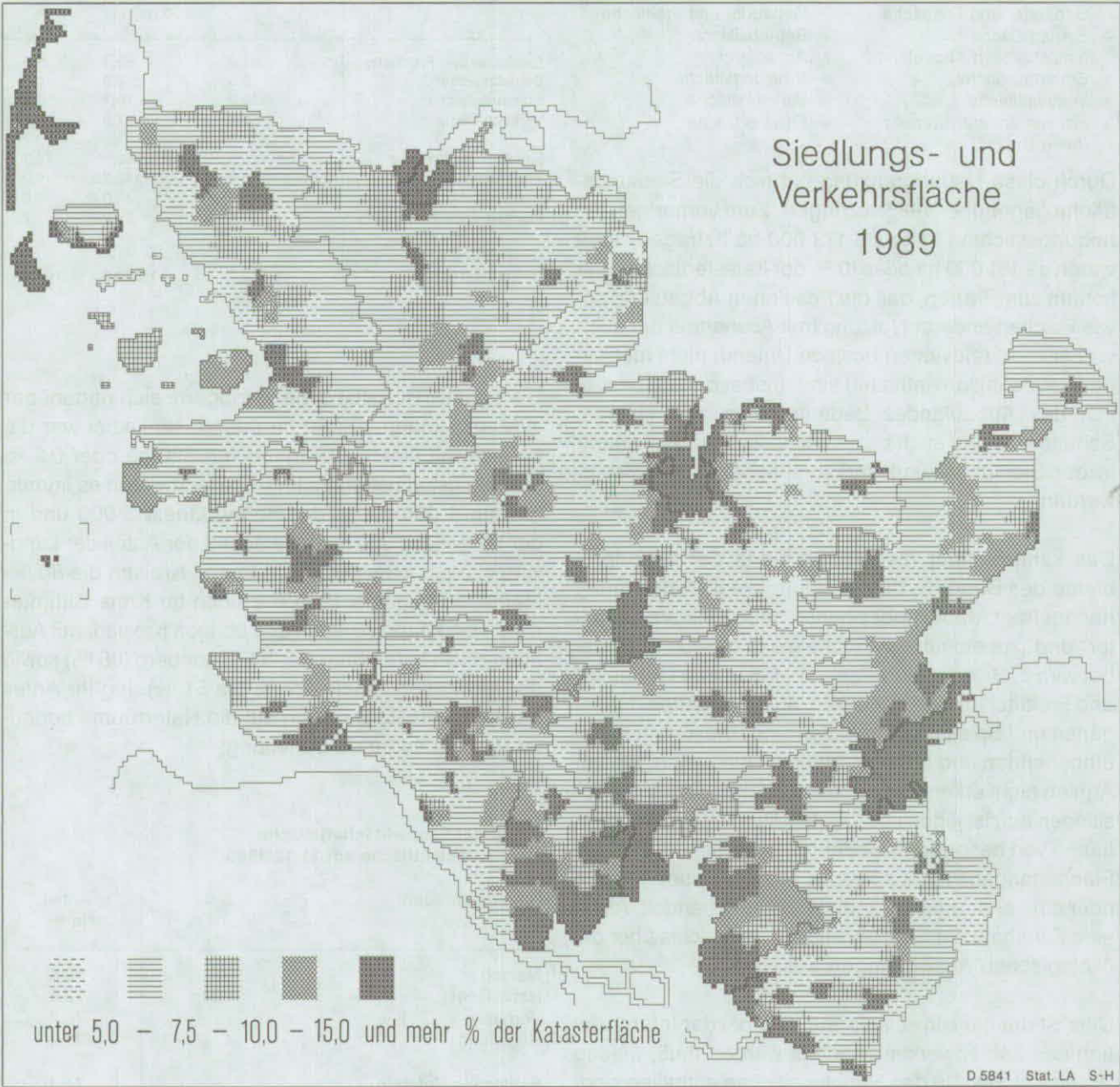
Schulung verbessert Genauigkeit der Zuordnungen

Nach den Erfahrungen insbesondere aus der Erhebung 1985, als sehr zahlreiche Rückfragen für zunächst unerklärliche Flächenveränderungen erforderlich gewesen waren, hatte das Statistische Landesamt in Zusammenarbeit mit der Katasterverwaltung zur Vorbereitung der Erhebung 1989 ein Schulungskonzept entwickelt. Es beruhte auf der Erkenntnis, daß wohl der größte Teil der mit den Katasterämtern zu klärenden Fragen auf Probleme zurückzuführen war, die die dort beschäftigten Mitarbeiter mit der Zuordnung der Flächen hatten. Sie hatten Mühe, die Positionen des Reichskatasters auf den geforderten AdV-Katalog umzuschlüsseln bzw. bekannte Nutzungsarten korrekt zuzuordnen. Das galt insbesondere bei Positionen des Reichskatasters, die aufgeteilt werden mußten und nicht geschlossen übertragen werden konnten.

Die im Januar 1989 durchgeführte Schulung sensibilisierte die Mitarbeiter zum einen gegenüber möglichen Fehlern vergangener Erhebungen, zum anderen wurde die „Anweisung für die verwaltungsmäßigen Arbeiten bei der Erneuerung des Liegenschaftskatasters in Schleswig-Holstein am 27. Januar 1971“ (Erneuerungsanweisung) intensiv erörtert, deren Abgrenzung der Einzelpositionen die Zuordnung der Nutzungsarten zu den Definitionen des Nutzungsartenkataloges erheblich erleichtert.

Von den Katasterämtern zu verwendende „Begründungsbögen“, auf denen die Gründe für Flächenverän-

derungen kurz angegeben werden sollten, offenbarten neben Neuordnungen im Rahmen von Korrekturen vor allem Flurbereinigungen, Neuvermessungen, Änderungen im Kataster und natürlich echte Nutzungsänderungen. Diese Angaben erleichterten vorgezogene manuelle Plausibilitätsprüfungen in der Vermessungsverwaltung und im Statistischen Landesamt erheblich. Gleichzeitig wurde nochmals deutlich, was bei der Interpretation der Ergebnisse stets zu beachten ist: Gegenüber vorigen Erhebungen abweichende Ergebnisse lassen nicht immer auf Nutzungsänderungen schließen, sondern können auch auf Berichtigungen nach Neuvermessungen oder Neueinschätzungen von Flächen zurückzuführen sein.



Siedlungsfläche neu definiert

Eine im Vergleich zu vorangegangenen Erhebungen bedeutsame Definitionsänderung betrifft den Begriff der „Siedlungsfläche“. Diese bisher in den Ländern und im Bund unterschiedlich zusammengesetzte Position ist damit vereinheitlicht worden.

Der Begriff, wie er aus allen vorhergehenden Veröffentlichungen bekannt ist, ist durch die „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ ersetzt worden. Diese umfaßt nunmehr die Nutzungsarten Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhofsfläche.

Siedlungsfläche (alt)	Siedlungs- und Verkehrsfläche
Gebäude- und Freifläche	Gebäude- und Freifläche
+ Betriebsfläche (einschließlich Abbauland)	+ Betriebsfläche ./ Abbauland
+ Erholungsfläche	+ Erholungsfläche
+ Verkehrsfläche	+ Verkehrsfläche
+ Flächen anderer Nutzung (ohne Unland)	+ Friedhofsfläche

Durch diese Neuabgrenzung hat sich die Siedlungsfläche gegenüber 1985 verringert. Zum vorherigen Erhebungsstichtag hatte sie 173 000 ha betragen, 1989 waren es 161 000 ha oder 10 % der Katasterfläche. Hier kommt zum Tragen, daß die Positionen Abbauland sowie Flächen anderer Nutzung (mit Ausnahme der auch vorher nicht relevanten Position Unland) nicht mehr in der Neudefinition enthalten sind. Insbesondere bezüglich des Abbaulandes bedeutet dies, daß Halden, Schuttplätze und auch Lagerstätten von Müll nicht mehr in der Siedlungs- und Verkehrsfläche nachgewiesen werden.

Das kennzeichnet gleichzeitig eines der Grundprobleme des Begriffes der „Siedlungsfläche“, die häufig nachgefragt, dabei aber ebenso häufig mit „versiegelter“ und „zubetonierter“ Fläche gleichgesetzt wird. Dabei wird z. B. jedoch übersehen, daß in den Gebäude- und Freiflächen unter anderem auch Vorgärten, Hausgärten und Spielplätze enthalten sind. Dieser Effekt der umgebenden und untergeordneten Nutzungen, die auf Anrieb nicht erkennbar sind, tritt auch bei anderen Positionen auf, ist jedoch bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche von besonderer Bedeutung. Es ist somit an der Flächenangabe nicht ablesbar, ob es sich um geballte oder eine eher aufgelockerte Bebauung handelt. Allein eine Zunahme der Siedlungsfläche sagt nichts über die ökologischen Auswirkungen aus.

Dies ist nur ein Hinweis darauf, daß bei der Interpretation des Zahlenwerkes beachtet werden muß, welche „Begleitflächen“ in den Hauptpositionen enthalten sind.

Weniger Landwirtschaftsfläche, mehr Waldfläche

Am 31. 12. 1988 betrug die Gesamtfläche Schleswig-Holsteins knapp 1,573 Mill. ha und hatte sich damit gegenüber dem vorhergehenden Stichtag nur unwesentlich vergrößert. Geringfügige Abweichungen entstanden dabei durch Flurbereinigungen, Neuvermessungen und Berichtigungen des Katasters. Knapp drei Viertel des Landes entfielen auf die Landwirtschaftsfläche, 9 % waren Wald- und 6 % Wasserflächen sowie Flächen anderer Nutzung.

Nutzungsarten der Bodenflächen

Nutzungsarten	1985 (Stand 31.12.1984)	1989 (Stand 31.12.1988)	
		1 000 ha	%
Gebäude- und Freifläche	81,0	83,4	5,3
Betriebsfläche ¹	8,5	8,9	0,6
Erholungsfläche	10,0	10,1	0,6
Verkehrsfläche	61,7	61,9	3,9
Landwirtschaftsfläche	1 175,6	1 166,1	74,1
Waldfläche	140,2	142,3	9,0
Wasserfläche	72,5	73,0	4,6
Flächen anderer Nutzung	23,2	27,2	1,7
Gesamtfläche (= Katasterfläche)	1 572,7	1 572,9	100

1) einschließlich Abbauland

Die Landwirtschaftsfläche verringerte sich gegenüber 1985 um knapp 10 000 ha oder 1 %. Dabei war die Marsch mit einem Rückgang von 330 ha oder 0,2 % am wenigsten betroffen. Im Hügelland waren es immerhin gut 4 000 ha, in der Hohen Geest 3 000 und in der Vorgeest 2 000 ha. Überschritt der Anteil der Landwirtschaftsfläche 1985 noch in drei Kreisen die 80 %-Marke, so liegt sie 1989 nur noch im Kreis Dithmarschen bei knapp 80 %. In den übrigen Kreisen, mit Ausnahme von Lauenburg (62 %), Pinneberg (68 %) sowie der kreisfreien Städte (27 % bis 51 %), lag ihr Anteil bei 70 bis 80 %. Bezogen auf die Naturräume bedeutet das die folgende Verteilung:

Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche am 31.12.1989

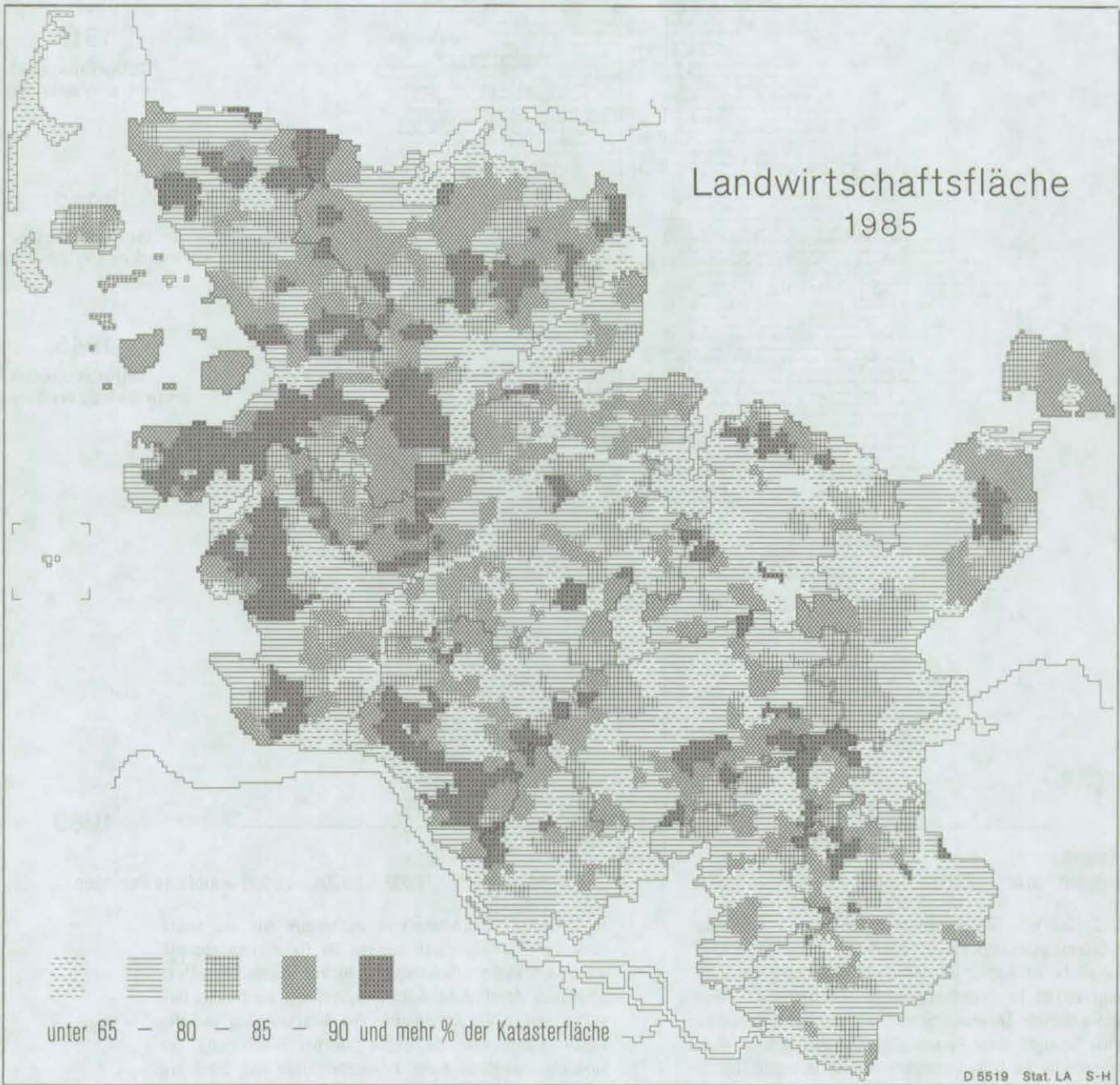
Hauptnaturraum	Anteil in %
Marsch	80,8
Hohe Geest	73,4
Vorgeest	75,7
Hügelland	71,9
Schleswig-Holstein	74,1

Hinweis: In Anbetracht der geringen, in den Karten nicht mehr darstellbaren Abweichungen sind für die Landwirtschafts-, die Wald- und die Wasserfläche die bereits bestehenden grafischen Darstellungen aus der Erhebung 1985 aufgenommen worden. Kleinste Darstellungseinheit dieser thematischen Karten ist die Gemeinde.

Die Waldfläche hatte mit 142 000 ha einen Anteil an der Gesamtfläche von 9 %. Damit werden 1989 2 000 ha mehr Wald ausgewiesen als zum vorigen Stichtag. Der in Schleswig-Holstein kaum in größeren geschlossenen Gebieten stehende Wald ist in der

Marsch mit knapp 0,5 % (oder 1 000 ha) Anteil an der Gesamtfläche nur in vergleichsweise geringem Umfang vorhanden. Der Anteil steigt über die Hohe Geest und die Vorgeest von 10 % bis 12 % an und erreicht auch im Hügelland 10 %. In allen Naturräumen hat sich die Waldfläche seit 1985 um Werte zwischen 40 ha (Marsch) und 800 ha (Hügelland) erhöht.¹

1) Eine Übersicht über die Nutzungsarten und ihre geologische und historische Entwicklung enthält Heft 8/1982 dieser Zeitschrift, S. 166 ff.

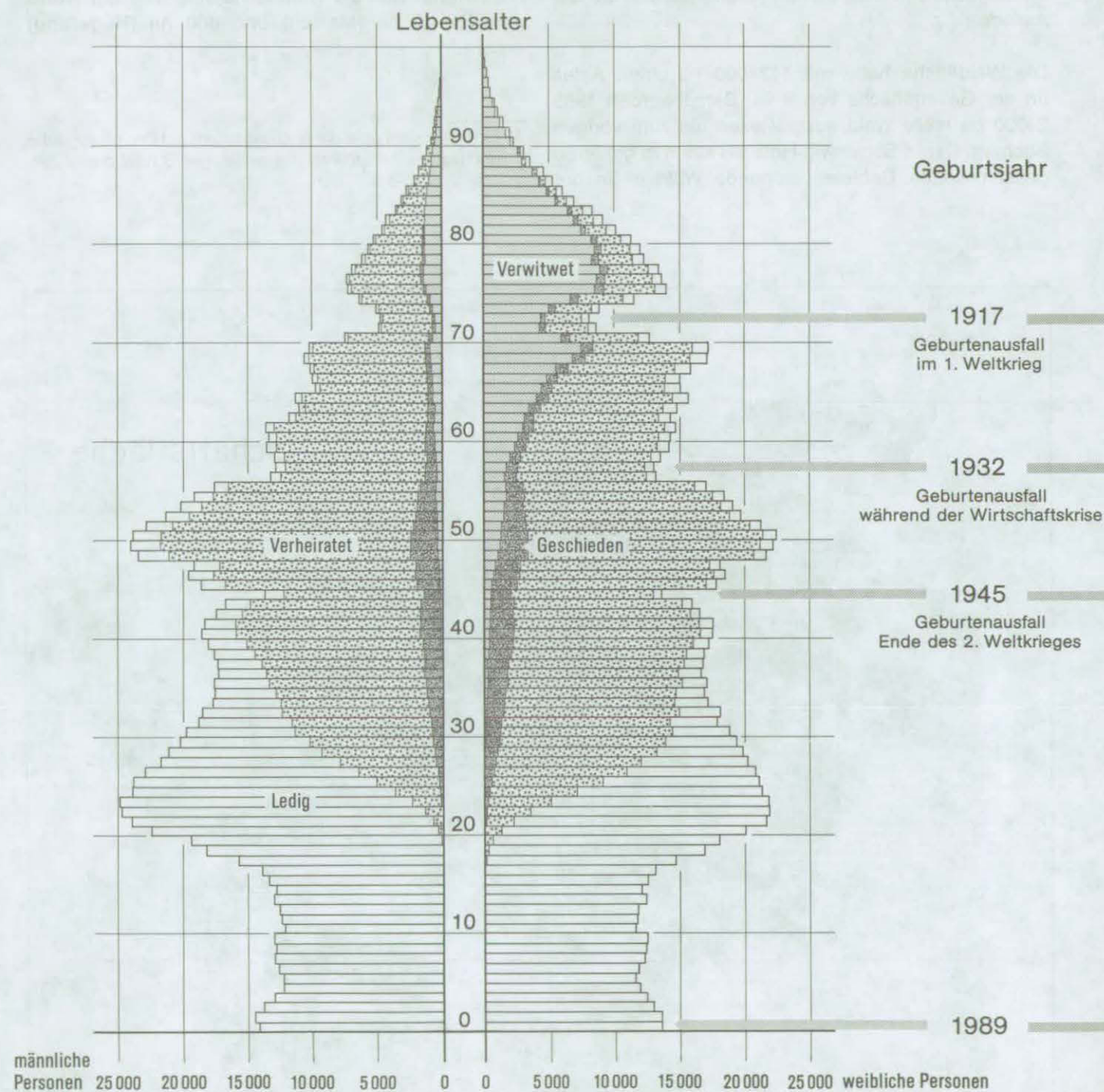


Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins

GRAFIK DES MONATS OKTOBER 1990

am 31.12.1989

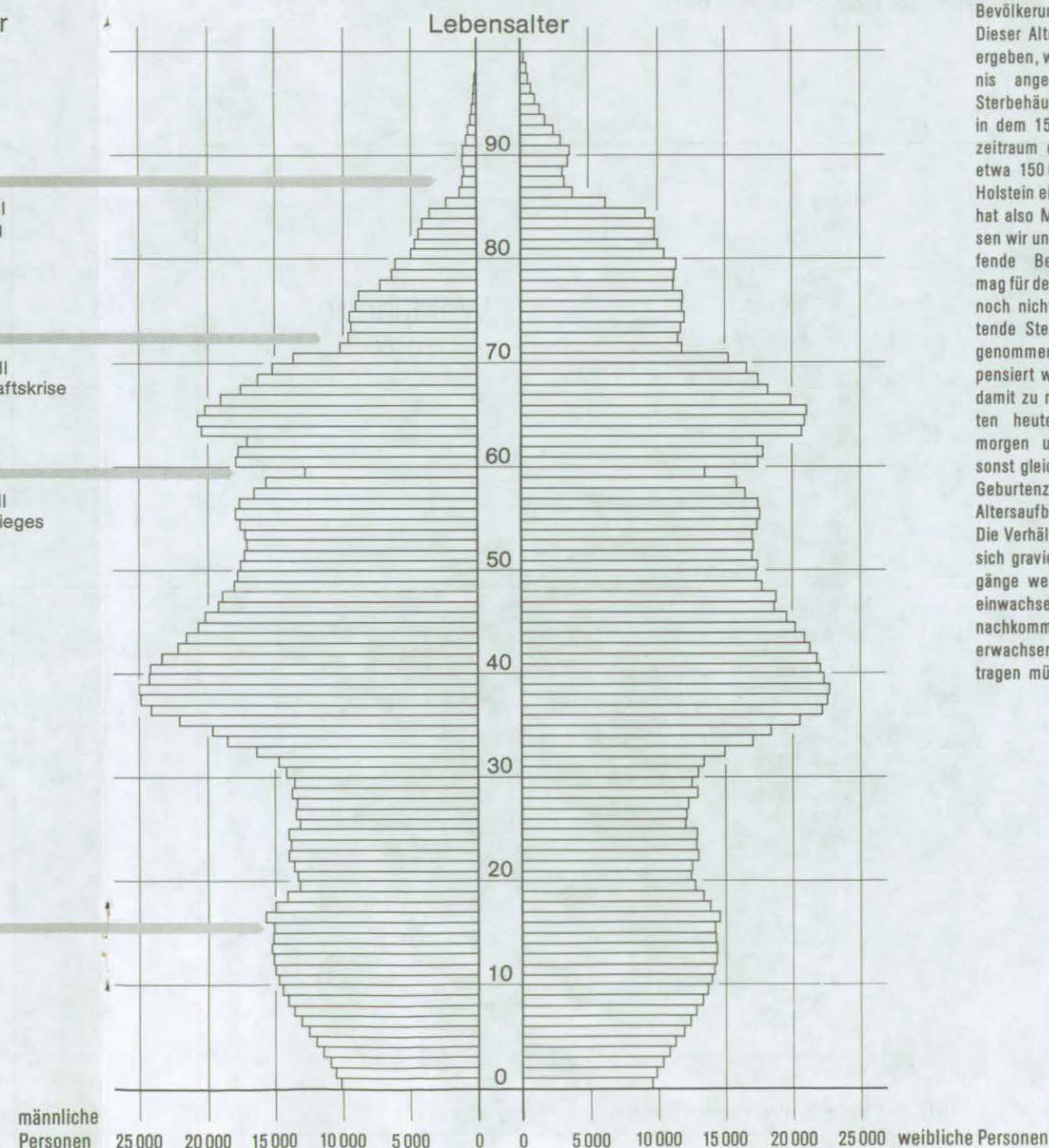
nach dem Familienstand



Die Zahlen für 1989 entstammen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis der Volkszählung 1987. Besonders ins Auge fällt der starke Rückgang der Jahrgangsstärken im Lebensalter unter 22; diese als Pillenknicke bekannte Entwicklung bewirkt, daß der Altersaufbau immer weniger einer Pyramide gleicht und in eine in der Fachsprache als Urne bezeichnete Form übergeht. Gleichwohl ist aber im Ansatz der Generations- oder Echoeffekt

zu erkennen: Geburtenstarke Jahrgänge wie die heute etwa 20- bis 30jährigen bringen im Generationsabstand wieder starke Geburtenjahrgänge hervor. Dieser Echoeffekt ist jedoch deutlich schwächer ausgeprägt als früher. Daneben zeigen die Asymmetrie des Altersaufbaus und die vielen Einkerbungen die Geschichte der Bevölkerung, die sehr einschneidend durch Kriegseignisse und durch die Weltwirtschaftskrise geprägt wurde.

am 1.1.2005

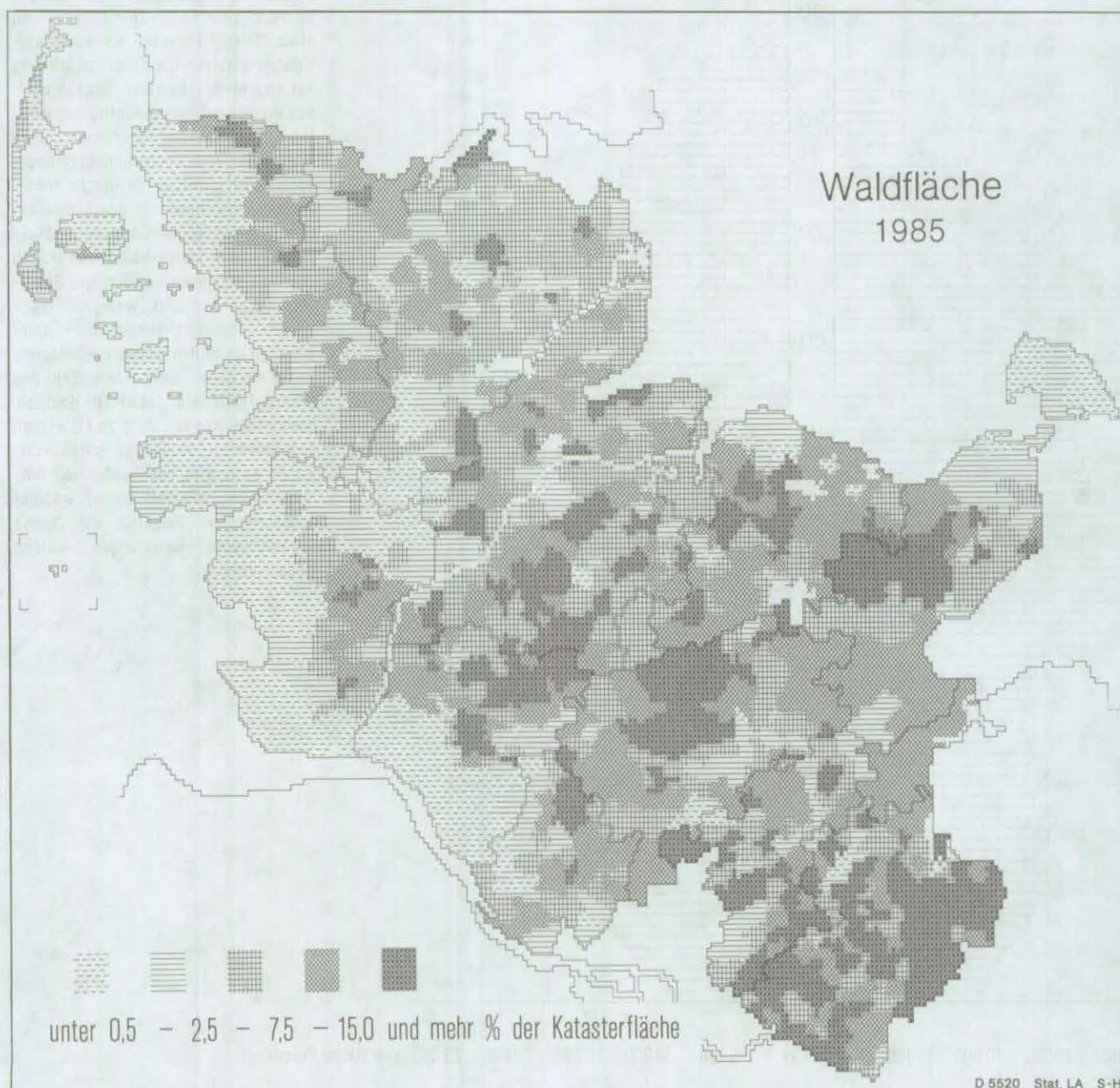


Der „Lebensbaum“ von 2005 entstammt einer Vorausberechnung, die auf der nach Alter und Geschlecht gegliederten Bevölkerung vom 1. Januar 1989 basiert. Dieser Altersaufbau wird sich nur dann ergeben, wenn die aus heutiger Erkenntnis angenommenen Geburten- und Sterbehäufigkeiten zutreffen und sich in dem 15jährigen Vorausberechnungszeitraum eine Netto-Zuwanderung von etwa 150 000 Personen für Schleswig-Holstein einstellt. Die Vorausberechnung hat also Modellcharakter. Danach müssen wir uns auf eine zukünftig schrumpfende Bevölkerung einrichten. Dies mag für den Vorausberechnungszeitraum noch nicht zutreffen, da der zu erwartende Sterbeüberschuß durch den angenommenen Wanderungsgewinn kompensiert wird. Längerfristig wird jedoch damit zu rechnen sein: Weniger Geburten heute bedeutet weniger Frauen morgen und dies wiederum – unter sonst gleichen Bedingungen – sinkende Geburtenzahlen. Der untere Teil des Altersaufbaus zeigt das bereits deutlich. Die Verhältnisse von Jung zu Alt werden sich gravierend verändern; starke Jahrgänge werden in das Rentenalter hineinwachsen, während immer weniger nachkommende Personen die daraus erwachsenden Belastungen werden tragen müssen.

Naturgemäß nur geringfügige Veränderungen ergaben sich bei der Wasserfläche, die wiederum 73 000 ha oder knapp 5 % der Landesfläche bedeutete. Die Wasserflächen der peripheren Gemeinden des meerumschlungenen Schleswig-Holsteins enthalten, soweit sie an der Elbe oder an der Flensburger Förde liegen, auch Flächen der Grenzgewässer. Die Flächen der Küstengemeinden enden aber im allgemeinen am Deich von Ost- bzw. Nordsee.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfaßte 1989 161 000 ha oder 10 % der Gesamtfläche, davon waren

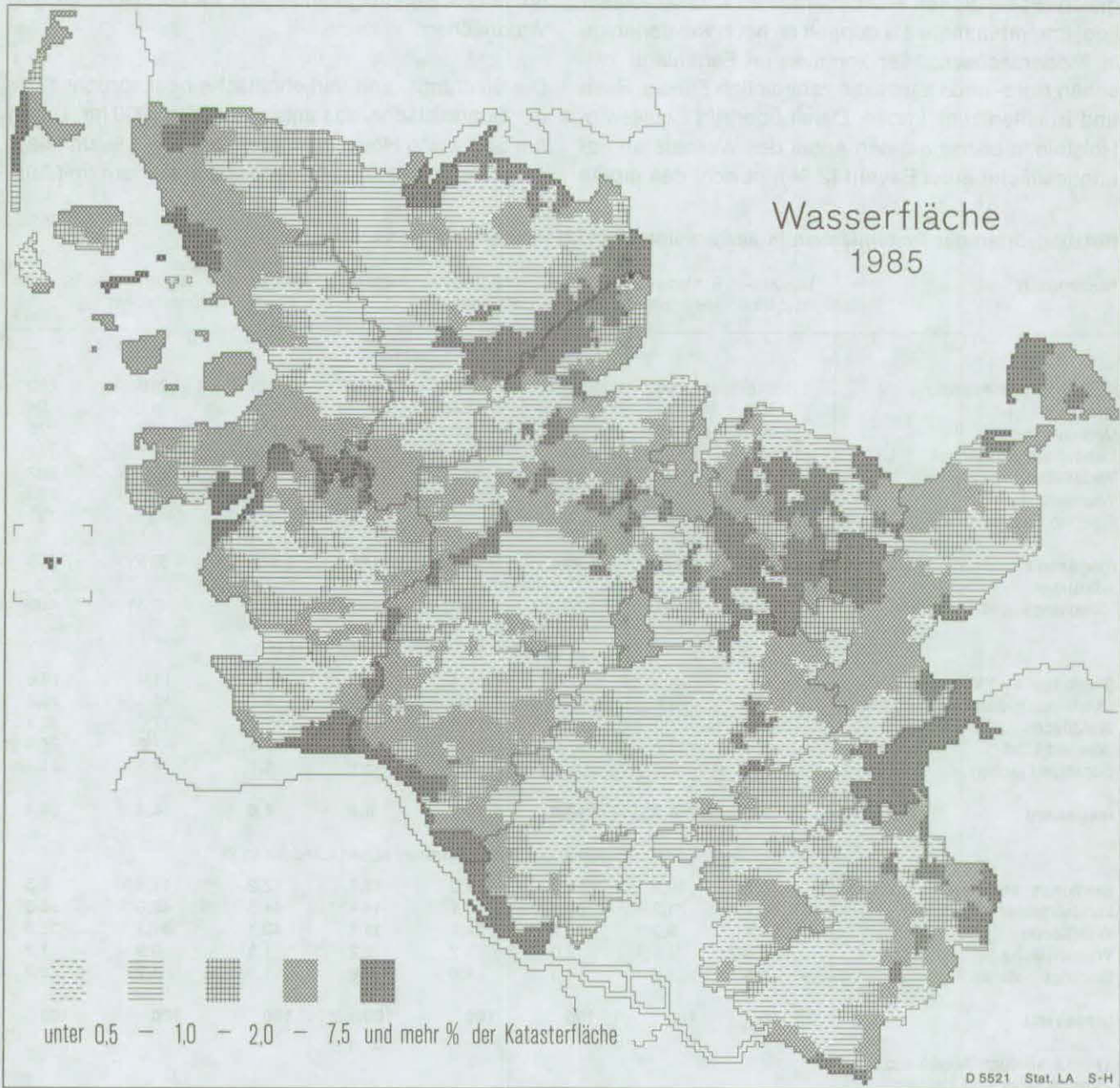
150 000 ha Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen (ohne Abbau- und Bergbauflächen) sowie Verkehrsflächen. Erholungsflächen waren 10 000 ha, 1 300 ha Friedhofsflächen. Der Anteil der Siedlungsfläche steht in enger Beziehung zur Bevölkerungsdichte und ist daher in den kreisfreien Städten (29 % bis 53 %) sowie deren Umland und im Naturraum Hamburger Ring (25 %) besonders hoch. In den Landkreisen reicht die Spanne von 8 % in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg über 13 % im Kreis Stormarn bis zu 18 % im Kreis Pinneberg.



Die Gebäude- und Freifläche hat um 3,0 % oder 2 500 ha zugenommen. Dieses Plus erstreckt sich von 250 ha (4 %) in der Marsch über 750 ha und 660 ha (3 % bzw. 6 %) in Hoher Geest und Vorgeest bis zu 800 ha (2 %) im Hügelland. Hierin sind jedoch auch unter anderem Gärten enthalten, so daß — wie bereits gesagt — nicht auf den Grad der Versiegelung geschlossen werden kann.

Die Flächen anderer Nutzung umfassen knapp 2 % der Landesfläche, davon sind landesweit 42 % Un-

land. Der Anteil des Unlandes an den Flächen anderer Nutzung reicht von 20 % im Kreis Schleswig-Flensburg bis 64 % im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Damit besteht die Hälfte der Flächen dieser Nutzungsart aus „Flächen, die nicht geordnet genutzt werden, wie größere Böschungen, Dünen, stillgelegtes Abbau-land“. Hier treten unter anderem Feuchtgebiete in Dithmarschen sowie in verschiedenen Küstenbereichen Steilküsten, Abbruchkanten, Strandwälle, Strände, soweit sie vermessen sind, oder Dünen in Erscheinung.



Im Bundesvergleich hoher Anteil der Landwirtschaftsfläche

Im Bundesvergleich fällt insbesondere der hohe Anteil der Landwirtschaftsfläche an der Gesamtfläche in Schleswig-Holstein auf. Hier liegt das Land deutlich vor Niedersachsen mit 61 %, gefolgt von Nordrhein-Westfalen und Bayern mit je 53 %. Damit liegt Schleswig-Holstein weit über dem Bundesdurchschnitt von 54 %. Schleswig-Holsteins Anteil an der Landwirtschaftsfläche des Bundes beträgt immerhin 9 %, mehr noch als der von Hessen und Rheinland-Pfalz. Den höchsten Anteil hat hier Bayern mit 28 %, gefolgt von Niedersachsen mit 22 %.

Schleswig-Holstein hat mit 5 % des Landes einen vergleichsweise großen Flächenanteil an Wasser. Dieser liegt immerhin mehr als doppelt so hoch wie derjenige in Niedersachsen. Hier kommen im Ferienland zwischen Nord- und Ostsee die zahlreichen Flüsse, Seen und Buchten zum Tragen. Damit übertrifft Schleswig-Holstein in bezug auf den Anteil des Wassers an der Landesfläche auch Bayern (2 %), obwohl das größte

der Flächenländer absolut auch die größte Wasserfläche (knapp doppelt soviel wie in Schleswig-Holstein) aufweist. Der Anteil der schleswig-holsteinischen Wasserfläche an der des Bundes von 16 % wird ebenfalls nur von Bayern (27 %) und Niedersachsen (21 %) übertroffen.

Ganz anders ist die Situation bei den Waldflächen. Trotz steter Aufforstungsbemühungen steigt der Waldbestand nur langsam auf nunmehr 9 % oder 142 000 ha an und liegt damit weit unter dem Bundesdurchschnitt von 30 %. Den höchsten Waldanteil hat Rheinland-Pfalz mit 40 % oder 797 000 ha seiner Landesfläche, den größten Anteil am Bundesgebiet mit immerhin einem Drittel des gesamten Waldbestandes hat jedoch Bayern (2 382 000 ha). Zusammengefaßt bestehen also 80 % des Bundesgebietes aus Landwirtschafts- und Waldflächen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche beansprucht 12 % der Bundesfläche, das entspricht 3 045 000 ha. Daran hat Schleswig-Holstein einen Anteil von 5 % und liegt damit weit unter den übrigen Flächenländern (mit Aus-

Nutzungsarten der Bodenflächen in ausgewählten Bundesländern am 31.12.1988

Nutzungsart	Bundes- gebiet	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern
	1 000 ha							
Gebäude- und Freifläche	1 548	83	276	375	136	95	218	280
Betriebsfläche ¹	137	9	37	34		10	11	24
Verkehrsfläche	1 242	62	222	215	136	115	180	275
Landwirtschaftsfläche ²	13 355	1 151	2 907	1 808	938	884	1 751	3 761
Waldfläche	7 401	142	980	840	838	797	1 325	2 382
Wasserfläche	450	73	95	57	26	26	33	123
Flächen anderer Nutzung	415	27	99	36	17	31	37	161
Insgesamt	24 862	1 573	4 734	3 407	2 111	1 985	3 575	7 055
darunter								
Siedlungs- und Verkehrsfläche	3 045	161	537	649	290	243	423	598
	Anteil der Länder am Bundesgebiet in %							
Siedlungs- und Verkehrsfläche	100	5,3	17,6	21,3	9,5	8,0	13,9	19,6
Landwirtschaftsfläche ²	100	8,6	21,8	13,5	7,0	6,6	13,1	28,2
Waldfläche	100	1,9	13,2	11,4	11,3	10,8	17,9	32,2
Wasserfläche	100	16,2	21,4	12,6	5,8	5,8	7,2	27,3
Sonstige Flächen	100	7,5	35,2	8,7	3,1	5,7	7,2	31,4
Insgesamt	100	6,3	19,0	13,7	8,5	8,0	14,4	28,4
	Anteil der Nutzungsarten in den Ländern in %							
Siedlungs- und Verkehrsfläche	12,2	10,2	11,3	19,0	13,7	12,2	11,8	8,5
Landwirtschaftsfläche ²	53,7	73,2	61,4	53,1	44,4	44,5	49,0	53,3
Waldfläche	29,9	9,0	20,7	24,7	39,7	40,1	37,1	33,8
Wasserfläche	1,8	4,6	2,0	1,7	1,2	1,3	0,9	1,7
Sonstige Flächen	2,5	2,9	4,5	1,6	0,9	1,8	1,2	2,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

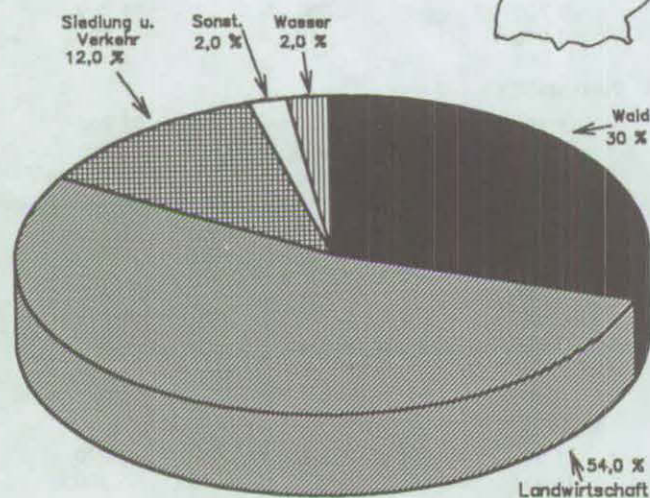
1) einschließlich Abbau- und

2) ohne Moor und Heide

Bodenflächen nach der Art der tatsächlichen Nutzung 1989

– BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND –

Anteile der Nutzungsarten in %

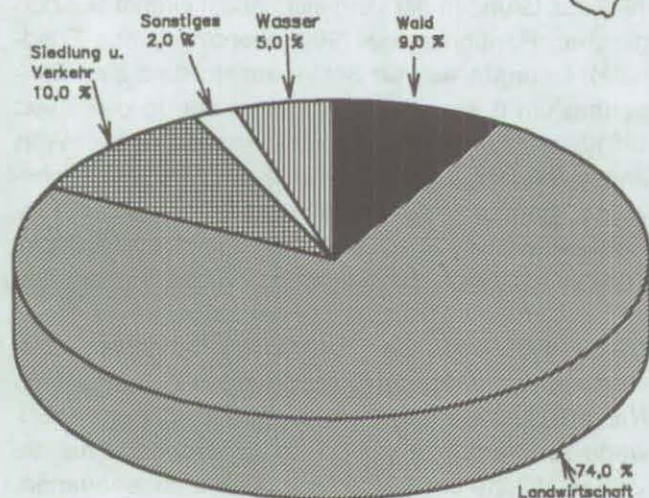


D 5897 Stat. LA S-H

D 5898 Stat. LA S-H

– SCHLESWIG-HOLSTEIN –

Anteile der Nutzungsarten in %



nahme des Saarlandes). Den höchsten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Bundesgebietes weisen Nordrhein-Westfalen (21 %) und Bayern (20 %) auf. Bezogen auf die jeweilige Landesfläche sieht das Bild etwas anders aus. Abgesehen von den Stadtstaaten, deren Siedlungsflächenanteil naturgemäß besonders hoch ist, bewegen sich die meisten Länder in etwa um den Durchschnitt von 12 %. Nordrhein-Westfalen und das Saarland gehen jedoch mit jeweils 19 % deutlich darüber hinaus, Schleswig-Holstein liegt mit 10 % unter dem Durchschnitt. Das Schlußlicht bildet Bayern mit knapp 9 %.

Zehn Jahre Flächenerhebung

Zehn Jahre Flächenerhebung nach der Art der tatsächlichen Nutzung verleiten zu dem Versuch eines kurzen Rückblicks. Dieser ist allerdings dadurch eingeschränkt, daß insbesondere die erste Erhebung dieser Art 1979 noch zahlreiche Probleme und Zuordnungsschwierigkeiten aufwarf, so daß Ungenauigkeiten bewußt in Kauf genommen werden mußten. Hier sind auch Veränderungen in den Flächenwerten der darauf folgenden Erhebungen auf Korrekturen und daher nicht immer auf Nutzungsänderungen zurückzuführen.

Die Landwirtschaftsfläche hat seit 1979 in Schleswig-Holstein um 2 % oder 26 000 ha abgenommen. Diese Veränderung steht im Einklang mit der Entwicklung im Bundesgebiet, wo von 1981 bis 1989 eine Abnahme um knapp 3 % verzeichnet worden ist. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß gerade aus der Landwirtschaftsfläche zahlreiche Korrekturflächen nachträglich umgeordnet wurden. Dies betrifft z. B. Übungsgelände, Dünen, aber auch Waldflächen. Diese Neuordnungen fallen insbesondere bei kleinregionaler Gliederung als scheinbare Unplausibilitäten auf. Den stärksten Rückgang seit 1979 hatte mit 9 900 ha oder 3 % die Hohe Geest zu verzeichnen, im Hügelland ging die Landwirtschaftsfläche um 9 300 ha oder 2 % zurück. Am geringsten hat die Fläche in der Marsch mit 1 800 ha (1 %) abgenommen.

Die Waldfläche hingegen hat seit 1979 um 5 700 ha oder 4 % zugenommen, wobei auch hier zu berücksichtigen ist, daß ein Teil dieses statistisch festgestellten Zuwachses auf Neuvermessungen oder auf Neuordnungen beruhen kann, da Wald in den vergangenen Erhebungen häufig der Erholungsfläche zugerechnet wurde. Auf jeden Fall deckt sich dies weitgehend mit den im Agrarbericht für Schleswig-Holstein 1990 ausgewiesenen Erstaufforstungen.² Im

2) Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Schleswig-Holstein im Agrarbericht 1990, S. 123

**Nutzungsarten der Bodenflächen in den Naturräumen
1979 - 1989 in ha**

Jahr	Schleswig-Holstein	Marsch	Hohe Geest	Vorgeest	Hügelland
Gebäude- und Freifläche					
1979	75 690	6 430	26 040	10 530	32 700
1981	77 960	6 590	26 890	10 910	33 570
1985	80 960	7 090	27 590	11 140	35 140
1989	83 430	7 340	28 340	11 810	35 940
Erholungsfläche					
1979	9 710	500	3 500	1 410	4 310
1981	9 470	510	3 480	1 390	4 100
1985	10 000	630	3 750	1 380	4 250
1989	10 080	700	3 970	1 110	4 300
Verkehrsfläche					
1979	59 540	7 940	18 190	10 620	22 800
1981	60 320	8 060	18 350	10 850	23 060
1985	61 690	7 970	19 210	10 630	23 880
1989	61 870	7 710	19 420	10 610	24 140
Landwirtschaftsfläche					
1979	1 192 090	173 590	332 190	201 000	485 320
1981	1 188 020	173 120	330 830	199 820	484 250
1985	1 175 600	172 070	325 350	198 140	480 030
1989	1 166 090	171 750	322 280	196 040	476 020
Waldfläche					
1979	136 600	890	41 810	28 540	65 370
1981	137 400	920	41 940	29 230	65 300
1985	140 240	970	42 940	29 990	66 340
1989	142 300	1 010	43 550	30 610	67 120
Flächen anderer Nutzung					
1979	19 580	5 880	6 320	1 750	5 630
1981	19 870	5 790	6 580	1 790	5 720
1985	23 210	6 190	8 270	2 700	6 040
1989	27 190	6 600	9 460	3 310	7 830

Bundesgebiet betrug die entsprechende Steigerung 1981 bis 1989 1 %. Den höchsten Wert in Schleswig-Holstein erreicht die Vorgeest mit gut 2 000 ha, den geringsten die naturbedingt waldarme Marsch mit 120 ha.

In engem Zusammenhang mit der Waldfläche steht die Erholungsfläche. Sie hat im Lande insgesamt zwar um 4 % zugenommen, in den Naturräumen war die Veränderung jedoch sehr uneinheitlich. So reicht die Spanne von einer Zunahme um 40 % (oder 200 ha) in der Marsch bis zu einer Abnahme um 21 % (300 ha) in der Vorgeest. Dies muß nun nicht bedeuten, daß hier Erholungsflächen verloren gingen. Analysen der vergangenen Erhebungen haben gezeigt, daß hier starke Wechselwirkungen insbesondere mit der Waldfläche bestanden haben. Zahlreiche Flächen sind bei Neuordnungen aus der Erholungsfläche heraus und ihrer primären Nutzung zugeordnet worden, denn Wald, der hauptsächlich forstwirtschaftlich genutzt wird, ist der

Position Waldfläche zuzurechnen, auch wenn er gleichzeitig durch Wanderwege eine Erholungsfunktion hat.

Errechnet man die Siedlungs- und Verkehrsfläche für 1979 aus Gründen der Vergleichbarkeit einmal aus den gleichen Positionen wie 1989 (allerdings ohne Friedhöfe), so ergibt sich für Schleswig-Holstein eine Steigerung um 8 %. Im Bundesgebiet betrug diese von 1981 bis 1989 11 %, im Vergleich erscheint dieser Wert angesichts der Einwohnerdichte und des vergleichsweise geringen Gewerbebesatzes in Schleswig-Holstein also plausibel. Dabei bewegt sich der Zuwachs in den einzelnen Naturräumen zwischen 5 % und 9 %.

Die Verkehrsfläche, als Einzelposition betrachtet, zeigt, wie unterschiedlich die Entwicklung in den einzelnen Naturräumen verlaufen ist und wie sorgfältig Einzelwerte zu interpretieren sind. Im ganzen Land hat die Verkehrsfläche um 4 % oder 2 300 ha zugenommen.

Differenziert man jedoch nach Naturräumen, so ergibt sich ein weniger einheitliches Bild. Demnach hat insbesondere in der Marsch die Verkehrsfläche von 1979 bis 1989 um 3 % abgenommen, mit wechselnden Zu- und Abnahmen. In der Vorgeest ist sie fast gleichgeblieben, wohingegen sie in der Hohen Geest und im Hügelland jeweils um rund 6 % zugenommen hat. Bei genauerer Nachprüfung ergibt sich, daß zum Beispiel in der Marsch von 1985 zur Erhebung 1989 Korrekturen unter anderem insofern erforderlich waren, als hier größere begeh- und befahrbare Deichflächen irrtümlich der Position Verkehrsfläche zugeordnet gewesen waren und entsprechend korrigiert (d. h. zur Position Flächen anderer Nutzung umgeschlüsselt) werden mußten. In der Vorgeest sind von 1981 bis 1985 unter anderem Stilllegungen von Schienenwegen erfaßt worden, was zu einem Rückgang der Verkehrsfläche (und damit zu einer echten Nutzungsänderung) führte.

Die Flächen anderer Nutzung zeigen eine die andere Nutzungsarten übertreffende auffallende Zunahme. Sie erhöhten sich seit 1979 um 39 % oder 7 600 ha. Deutliche Ausdehnungen sind in allen vier Hauptnaturräumen erkennbar. Hier offenbart sich diese Nutzungsart als „Sammelposition“, die im Verlaufe der zahlreichen Korrekturen offenbar immer mehr mit Flächen gefüllt wurde, die anderen Positionen nicht korrekt zugeordnet gewesen waren. Dieser Prozeß setzte verstärkt jedoch erst 1985 ein, als intensive Nachfragen zu Berichtigungen im Statistischen Landesamt führten. Diese wurden 1989 dann in weit größerem Umfang in den Katasterämtern selbst durchgeführt. Nach den dort gemachten Angaben scheinen diese Flächenzuwächse besonders aus den Positionen „Verkehrsfläche“ und „Landwirtschaftsfläche“ zu kommen. Darunter sind zum Beispiel Dünengelände, aber auch Truppenübungsplätze.

Birgit von Brandis

Arbeitsstätten und Beschäftigte 1987: die Wirtschaftszweige in den Kreisen

Schleswig-Holstein ist zwar ein kleines Flächenland mit nur vier kreisfreien Städten. Dennoch ist es — vor allem wegen seiner Nachbarschaft zu Hamburg — wirtschaftlich sehr heterogen strukturiert. In den 17 Jahren, die seit der letzten Arbeitsstättenzählung vergangen sind, beeinflussen nicht nur gesamtwirtschaftliche, sondern auch regionale Entwicklungen die Branchenstruktur.

Die in der Arbeitsstättenzählung 1987 erfaßten Werte können zum Verständnis des wirtschaftlichen Gefüges Schleswig-Holsteins beitragen. Das Informationsangebot dieser Bestandsaufnahme bietet die Gliederung nach Wirtschaftszweigen auch auf kleiner regionaler Ebene. Da sich die Kreisgrenzen im Vergleich zu 1970 nicht geändert haben, ist eine Gegenüberstellung mit den Zahlen der letzten Arbeitsstättenzählung möglich. Sie wird hier geboten.

Wirtschaftssystematische Zuordnung

Die folgende Analyse wird auf Grundlage der Systematik der Wirtschaftszweige von 1979 in der Fassung für die Arbeitsstättenzählung von 1987 vorgenommen. Diese Systematik entspricht weitgehend der von 1970. Bei Anwendung einer Systematik über Jahre hinweg

stehen zwei Punkte im Widerstreit. Zum einen soll die aktuelle Struktur der Wirtschaft dargestellt werden. Veränderungen im Angebot an Gütern und Diensten und in den Produktionsweisen müssen demnach Berücksichtigung finden. Andererseits soll auch die Vergleichbarkeit der Statistiken gegeben sein. Die systematische Zuordnung sollte daher im Zeitverlauf annähernd gleichen Kriterien unterworfen sein. Bei der Ausarbeitung der verwendeten Systematik wurde versucht, beiden Anforderungen bestmöglich gerecht zu werden.

Um dort, wo es zu Änderungen der Systematik kam, die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Werte von 1970 umgeschlüsselt. Sie entsprechen somit der neuen Systematik. Die Erhebungseinheiten werden nach ihrem wirtschaftlichen Schwerpunkt zugeordnet. Eventuell vorhandene Nebenaktivitäten rechnen dann zum Wirtschaftszweig, dem die Arbeitsstätte zugeordnet wurde.

Arbeitsstätten und Beschäftigte: die Definition

Die Arbeitsstätte ist eine räumliche Einheit — ein Grundstück, eine abgegrenzte Räumlichkeit —, in der eine oder mehrere Personen unter einheitlicher Leitung regelmäßig erwerbstätig sind. Dies gilt für haupt- wie für nebenberufliche Tätigkeiten.

Jede Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, jeder Filialbetrieb, jede Werkstätte, Praxis, Geschäftsstelle, jedes Büro und jede Dienststelle einer Behörde wird somit erfaßt.

Als Arbeitsstätte im Sinne dieser Zählung gelten nicht: Orte, an denen Heimarbeit ausgeführt wird, an denen ausschließlich ehrenamtlich gearbeitet wird, sowie private Haushalte, auch wenn diese Tagesmütter und dergleichen beschäftigen. Auch Baustellen, Schiffe und Kirchengebäude sind nicht gesondert als Arbeitsstätte ausgewiesen. Die dort tätigen Personen werden bei der zuständigen Niederlassung des Bauunternehmens, beim Schiffseigener oder Reeder bzw. beim zuständigen Pfarramt mitgezählt.

In der Arbeitsstättenzählung bleiben darüber hinaus Soldaten der Bundeswehr unberücksichtigt, nicht jedoch Zivilbedienstete. Als Arbeitsstätten gelten in diesem Fall Liegenschaften, bei denen mindestens ein ziviler Mitarbeiter regelmäßig beschäftigt ist. Auch die Vertretungen fremder Staaten, inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter wurden in der Arbeitsstättenzählung nicht erfaßt.

Alle voll- und teilzeitbeschäftigten Personen, die am Stichtag 25. Mai 1987 in einem Arbeitsverhältnis standen und in der Lohn- und Gehaltsliste aufgeführt waren, gelten als Beschäftigte. Tätige Inhaber und unbezahlt mithelfende Familienangehörige wurden ebenfalls erfaßt. Es muß beachtet werden, daß es hier zu Mehrfachnennungen kommen konnte. Eine Person, die beispielsweise in drei Arbeitsstätten beschäftigt war, war auch von jeder der drei Arbeitsstätten zu melden.

Rationalisierung oder Mehrbeschäftigung — ein Konflikt?

Die Entwicklung der Wirtschaft ist gekennzeichnet durch stete Innovationsbestrebungen in den einzelnen Sektoren. Neue Technologien bewirken Produktivitätssteigerungen. Auf der anderen Seite stehen die Produktionsausweitungen einer wachsenden Ökonomie. Beide Faktoren finden ihren Niederschlag in den Arbeitsstätten- und Beschäftigtenzahlen.

Verglichen mit der Arbeitsstättenzählung von 1970 konnte in beinahe allen Kreisen ein Plus verzeichnet werden. Die Zahl der Arbeitsstätten stieg, abgesehen von Dithmarschen und Steinburg, in ganz Schleswig-Holstein an. Auch die Beschäftigtenentwicklung wies einen positiven Verlauf auf. Lediglich in Lübeck und Neumünster sank dieser Wert.

Bei Betrachtung der regionalen Gliederung stellt man Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen fest. In den Städten kommen auf jede Arbeitsstätte mehr als zehn Beschäftigte. In den Kreisen liegt der Wert überall unter dieser Marke und schwankt zwischen sieben und neun Arbeitenden.

Seit der letzten Zählung sank jedoch die Beschäftigtenzahl pro Arbeitsstätte in jeder der kreisfreien Städte. Dies war ansonsten nur im Kreis Pinneberg der Fall, für den wegen seiner Nähe zu Hamburg in weiten Teilen ebenfalls großstädtische Bedingungen gelten.

Die Arbeitsstättenzählung kann keine Informationen bezüglich der Ursachen der beschriebenen Entwicklungen liefern. Sie stellt als Großzählung eine Bestandsaufnahme von Arbeitsstätten und Beschäftigten in unterschiedlicher Gliederung dar. Dennoch sei es an dieser Stelle erlaubt, einige Vermutungen zur schleswig-holsteinischen Entwicklung anzustellen. Dies geschieht zwar auf Basis der Daten aus der Arbeitsstättenzählung. Die Erhebung kann aber allenfalls als Hinweis, keinesfalls als Beweis für die folgenden Thesen verstanden werden.

Zum einen kann der Einsatz neuer Technologien zu Einsparungen im Personalbereich führen. Konsequenz wäre bei gleichbleibender Arbeitsstättenzahl eine Abnahme des Verhältnisses von Beschäftigten und Arbeitsstätten. Da in erster Linie die kreisfreien Städte einen Rückgang zu verzeichnen hatten, läßt sich ver-

Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Kreisen am 25. Mai 1987

KREISFREIE STADT	Arbeitsstätten	Beschäftigte
Kreis		
FLENSBURG	3 757	46 287
KIEL	8 575	133 760
LÜBECK	7 944	102 148
NEUMÜNSTER	2 601	35 696
Dithmarschen	5 945	43 488
Hzgt. Lauenburg	5 059	41 613
Nordfriesland	7 807	55 472
Ostholstein	8 283	60 548
Pinneberg	10 678	88 695
Plön	4 141	28 449
Rendsburg-Eckernförde	8 540	73 500
Schleswig-Flensburg	6 769	49 432
Segeberg	8 247	75 340
Steinburg	4 775	42 223
Stormarn	7 782	66 717
Schleswig-Holstein	100 903	943 368

muten, daß Innovationen hier eher greifen. Sowohl der Konkurrenzdruck als auch die Nachfragestruktur mögen eine andere sein als in ländlichen Gebieten.

Andererseits finden Produktionssteigerungen statt, durch die die Zahl der Beschäftigten aufgestockt wird. Da Innovation und Produktionsausweitung in engem Zusammenhang stehen und häufig sogar positiv korrelieren, läßt sich nicht beurteilen, welcher Beschäftigungseffekt überwiegt.

Zudem wirken natürlich auch andere Faktoren auf die Zahl der Beschäftigten pro Arbeitsstätte ein. In Ballungsräumen beeinflußt beispielsweise die Raumknappheit die Zahl der Arbeitsstätten. Aufgrund mangelnder räumlicher Ausdehnungsmöglichkeiten entstehen durch Auslagerung einzelner Produktionsstätten neue Arbeitsstätten im Sinne dieser Erhebung: die Zahl der Beschäftigten pro Arbeitsstätte sinkt.

Hamburger Randlage sichert Vorteile

Bei den Arbeitsstättenzählungen der Jahre 1950, 1961 und 1970 wurde durch den Zusatz „nichtlandwirtschaftlich“ darauf hingewiesen, daß der weitaus größte Teil der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ohne Berücksichtigung blieb. Lediglich gewerbsteuerpflichtige Betriebe wurden erfaßt. Dies gilt auch für die Erhebung 1987. Es betraf 1 620 oder 1,6 % aller Arbeitsstätten des Landes. 1970 hatte es noch 1 780 gewerbsteuerpflichtige Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei gegeben. Die Zahl der Arbeitnehmer pro Arbeitsstätte erhöhte sich von 4,0 auf 4,5 Personen. Dabei war jedoch in Kiel ein Rückgang von 12,2 auf 4,7 zu verzeichnen. In Pinneberg und Steinburg war die Entwicklung ebenfalls rückläufig.

Die Arbeitsstätten der Energie- und Wasserversorgung sind in den meisten Kreisen zahlreicher geworden. Landesweit waren es 94 Arbeitsstätten mehr als 1970. Im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsabteilungen nimmt sich der Anteil von 0,3 % der Arbeitsstätten allerdings sehr gering aus. Die relativ höchste Zunahme gibt es im Kreis Plön, die der Anzahl nach höchste im Kreis Segeberg. Ein Rückgang an Arbeitsstätten der Energie- und Wasserversorgung läßt sich in erster Linie in den kreisfreien Städten feststellen. Dieser wird jedoch durch höheren Personaleinsatz relativiert oder sogar überkompensiert. Der Bereich Energie- und Wasserversorgung weist die im Kreisvergleich höchste Beschäftigtendichte auf. Auf eine Arbeitsstätte kommen 33 Mitarbeiter. Die kreisfreien Städte treten hier durch relativ hohe Werte hervor. Flensburg führt mit annähernd 600

Beschäftigten, die sich allerdings auf eine Arbeitsstätte konzentrieren. 1970 waren es noch drei Unternehmen mit durchschnittlich 164 Arbeitnehmern gewesen.

Auch das verarbeitende Gewerbe produziert in der einzelnen Arbeitsstätte mit relativ viel Personal. Mit 18,4 Beschäftigten pro Arbeitsstätte liegt es an zweiter Stelle. Obwohl im Landesmittel ein leichter Rückgang dieser Verhältniszahl zu vermerken ist, trat in 9 der 15 Kreise eine Steigerung ein. Die Werte der kreisfreien Städte lagen hier ebenfalls über denen der Kreise. Gemessen an der Zahl der Arbeitsstätten ist das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von 11,8 % zwar die drittgrößte Wirtschaftsabteilung, das Land verzeichnete jedoch einen Rückgang von 13 900 auf 11 900 Arbeitsstätten. Nur die Kreise Stormarn, Pinneberg und Segeberg zeigen im Vergleich zu 1970 höhere Werte.

Diese Kreise treten allerdings durch Zuwächse in allen Wirtschaftsabteilungen hervor. Es sind die Kreise am Rande Hamburgs. Mit 1 390 Arbeitsstätten im verarbeitenden Gewerbe liegt Pinneberg am oberen Ende der Skala. Am unteren Ende liegt Neumünster (328 Arbeitsstätten). Den größten Rückgang gab es in Dithmarschen. Hier wurden 389 Arbeitsstätten weniger (- 36,5 %) als 1970 gezählt.

Das Baugewerbe mußte in den achtziger Jahren seine Kapazitäten einschränken. In Schleswig-Holstein hatte seine Bruttowertschöpfung 1978 ein Maximum. In den folgenden Jahren fielen die Werte und konnten sich bis zum Zeitpunkt der Zählung nicht erholen. Die Zahl der Arbeitsstätten ist jedoch — bis auf Kiel und Dithmarschen — in allen Kreisen gestiegen. Segeberg legte mit 363 zusätzlichen Arbeitsstätten um 70 % zu und hatte die höchste Steigerungsrate. Pinneberg verbuchte hingegen mit insgesamt 960 Betrieben den höchsten absoluten Wert. Diese Zuwächse in der Zahl der Betriebe gehen nicht mit Beschäftigtenzuwachs einher. In Pinneberg beispielsweise waren 1970 noch 12 Personen je Arbeitsstätte tätig. Bis 1987 sank die Zahl auf sieben Beschäftigte. Dies ist in allen Kreisen symptomatisch für das Baugewerbe. Es wurden durchweg weniger Beschäftigte pro Arbeitsstätte als 1970 eingesetzt. Im Durchschnitt der Kreise ergab sich hier ein Rückgang von 13,9 auf 8,8 Arbeitende.

Der Handel stellt immer noch einen der Bereiche dar, die durch die hohe Anzahl von Arbeitsstätten herausragen. Dennoch sank ihre Zahl seit der letzten Erhebung. War der Handel 1970 nach Arbeitsstättenzahl noch überwiegend an erster Stelle, ist er inzwischen nur noch die zweitgrößte Abteilung. In acht Kreisen weist er, verglichen mit den anderen Wirtschafts-

abteilungen, die größten absoluten Rückgänge auf. Eine Steigerung wurde nur in Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Flensburg festgestellt.

Die Beschäftigtenzahlen deuten jedoch darauf hin, daß die gesunkene Zahl der Arbeitsstätten in erster Linie auf Geschäftsaufgaben kleiner Einzelhandelsbetriebe zurückzuführen ist. Abgesehen von Flensburg und Lü-

beck stieg die Zahl der Beschäftigten in jeder Arbeitsstätte des Handels. In Schleswig-Holstein lag der Durchschnitt bei 6 Beschäftigten je Arbeitsstätte, was einer Zunahme von einem Beschäftigten gleichkommt.

Im Zuge der Ausweitung wirtschaftlicher Aktivitäten spielen Transport und neue Kommunikationsmittel eine entscheidende Rolle. Sie helfen dabei, Distanzen zu

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Beschäftigte in den Kreisen und kreisfreien Städten am 27. Mai 1970 und am 25. Mai 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilung	Kreise						Darunter Planungsraum I ¹					
	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Arbeitsstätten			Beschäftigte		
	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	1 490	1 473	- 1,1	5 401	6 352	17,6	438	478	9,1	2 016	2 122	5,3
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	213	314	47,4	4 263	6 196	45,3	67	104	55,2	1 345	2 207	64,1
Verarbeitendes Gewerbe	10 745	9 472	-11,8	155 441	47 760	- 4,9	3 989	4 182	4,8	80 210	82 843	3,3
Baugewerbe	5 467	7 057	29,1	67 306	58 266	-13,4	2 028	3 087	52,2	24 524	23 129	- 5,7
Handel	20 917	20 525	- 1,9	85 600	110 442	29,0	7 561	8 831	16,8	33 371	52 593	57,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	4 090	3 956	- 3,3	25 101	32 431	29,2	1 274	1 491	17,0	8 283	12 939	56,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2 041	3 652	78,9	10 332	17 962	73,8	700	1 409	101,3	3 589	6 750	88,1
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	15 797	25 842	63,6	60 146	118 737	97,4	5 272	10 417	97,6	20 230	48 189	138,2
Organisationen ohne Erwerbszweck	1 205	2 184	81,2	10 835	25 730	137,5	350	655	87,1	3 686	9 320	152,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2 976	3 551	19,3	70 049	101 601	45,0	902	1 112	23,3	20 091	32 273	60,6
Insgesamt	64 941	78 026	20,1	494 474	625 477	26,5	22 581	31 766	40,7	197 345	272 365	38,0

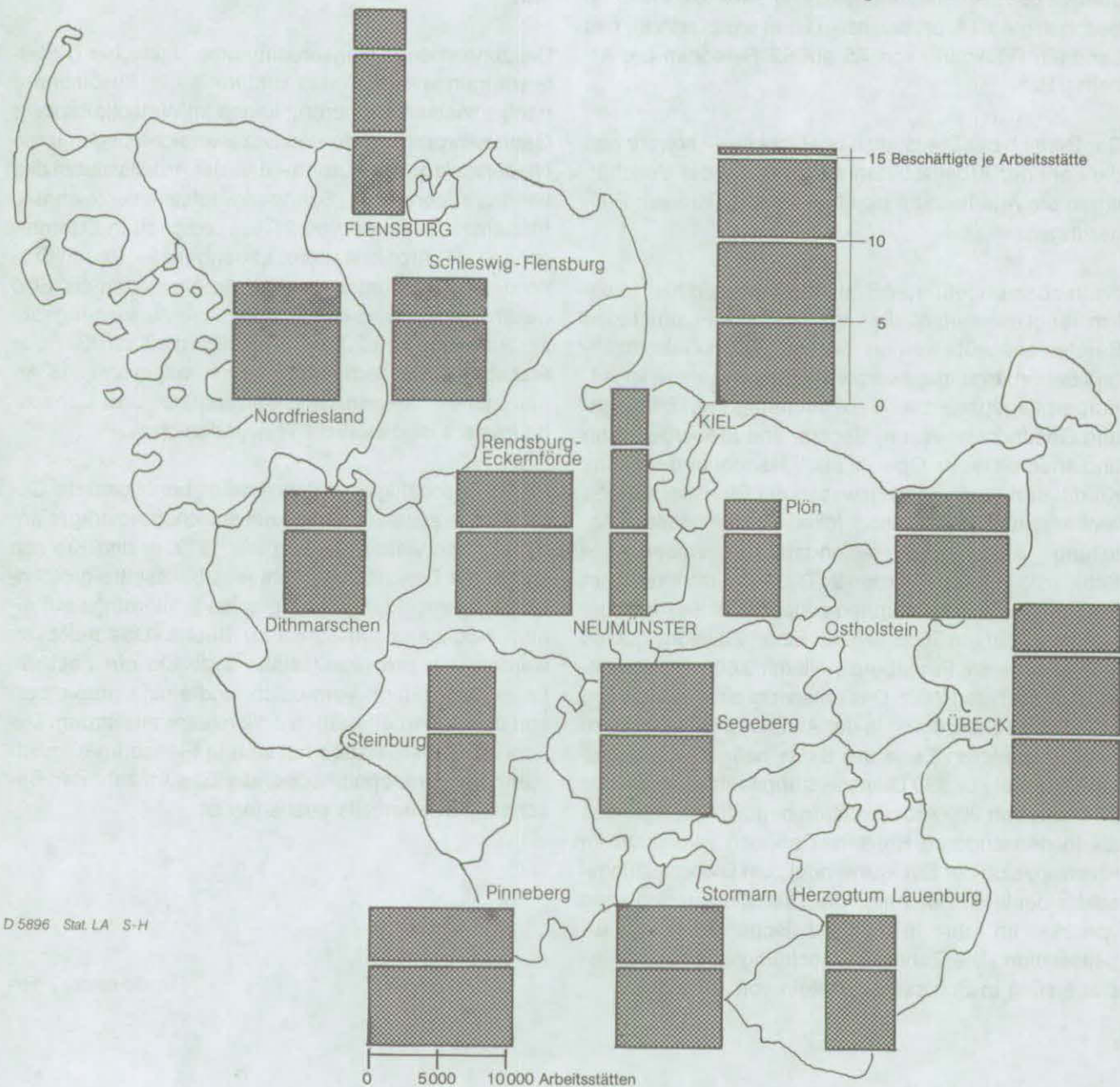
Wirtschaftsabteilung	Kreisfreie Städte						Schleswig-Holstein					
	Arbeitsstätten			Beschäftigte			Arbeitsstätten			Beschäftigte		
	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %	1970	1987	Ver- änd. %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ²	288	150	-47,9	1 786	946	-47,0	1 778	1 623	- 8,7	7 187	7 298	1,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	35	28	-20,0	3 885	5 137	32,2	248	342	37,9	8 148	11 333	39,1
Verarbeitendes Gewerbe	3 116	2 443	-21,6	103 724	71 917	-30,7	13 861	11 915	-14,0	259 165	219 677	-15,2
Baugewerbe	1 335	1 430	7,1	26 975	16 245	-39,8	6 802	8 487	24,8	94 281	74 511	-21,0
Handel	7 162	6 334	-11,6	53 041	48 138	- 9,2	28 079	26 859	- 4,3	138 641	158 580	14,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	1 055	1 290	22,3	24 890	22 784	- 8,5	5 145	5 246	2,0	49 991	55 215	10,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	704	1 049	49,0	10 152	12 385	22,0	2 745	4 701	71,3	20 493	30 347	48,1
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	5 901	7 904	33,9	32 583	56 789	74,3	21 698	33 746	55,5	92 729	175 526	89,3
Organisationen ohne Erwerbszweck	573	907	58,3	6 425	14 253	121,8	1 778	3 091	73,8	17 260	39 983	131,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1 075	1 342	24,8	54 787	69 297	26,5	4 051	4 893	20,8	124 836	170 898	36,9
Insgesamt	21 244	22 877	7,7	318 248	317 891	- 0,1	86 185	100 903	17,1	812 731	943 368	16,1

1) die an Hamburg grenzenden Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg
2) nur gewerbesteuerpflichtige Betriebe

überwinden und neue Märkte zu erschließen. Die Entwicklung der Informationstechniken hat darüber hinaus starken Einfluß auf viele Sektoren. Der Wirtschafts-
 abteilung Verkehr, Nachrichtenübermittlung, zu der u.
 a. auch Bundesbahn und Bundespost zählen, kommt
 daher eine besondere Rolle zu, obwohl nur jede zwanzigste Arbeitsstätte in diesen Bereich fällt. In den einzelnen Kreisen stellten sich recht unterschiedliche Veränderungen dar. Für ganz Schleswig-Holstein führten diese zu einer Erhöhung der Arbeitsstättenzahl um 2 %. Dabei schwankten die Zahlen zwischen einer Zu-

nahme um 43,8 % (+ 160 Arbeitsstätten) in Kiel und einem Rückgang um 87 Arbeitsstätten (- 15,1 %) in Dithmarschen. Neumünster stellte mit 105 Arbeitsstätten den niedrigsten Wert. War 1970 eine Arbeitsstätte noch von 9,7 Personen besetzt, so stieg die Zahl bis 1987 auf 10,5. Dabei wurde in den Städten Flensburg, Kiel und Lübeck die Mitarbeiterzahl von durchschnittlich 24,2 auf 17,3 pro Arbeitsstätte eingeschränkt. In Neumünster und den übrigen Kreisen benötigte jede Arbeitsstätte zusätzlich Beschäftigte.

Beschäftigte je Arbeitsstätte
 in den Kreisen Schleswig-Holsteins 1987



D 5896 Stat. LA S-H

So wie ein funktionierendes Nachrichtenübermittlungs- und Verkehrssystem den Wirtschaftsablauf am Rollen hält, stellt auch das Kredit- und Versicherungswesen einen entscheidenden Pfeiler der Ökonomie eines Landes dar. In Schleswig-Holstein erfuhr dieser Bereich eine Steigerung von 71 % und konnte damit seinen Anteil von 3,1 % an allen Arbeitsstätten auf 4,7 % ausbauen. Eine gleichgerichtete Entwicklung vollzog sich in alle Kreisen. Rückgänge sind nicht zu verzeichnen. Während Pinneberg mit zusätzlichen 225 Arbeitsstätten die höchste absolute Steigerung aufzuweisen hat, erreichte Plön mit 153 % den größten relativen Zuwachs. Hier wurde auch mit insgesamt 455 Arbeitsstätten im Kreisvergleich die Spitze erreicht. Neumünster lag mit einer Steigerung von immerhin 35 und einem Bestand von 111 Arbeitsstätten am unteren Ende. In der überwiegenden Anzahl der Kreise sank die Relation Beschäftigte zu Arbeitsstätten. Damit ergab sich für das Land ein Rückgang von 7,5 auf 6,5 Personen pro Arbeitsstätte.

Der Bereich der Dienstleistungen zeigte — sowohl was die Zahl der Arbeitsstätten als auch die der Beschäftigten pro Arbeitsstätte betrifft — in allen Kreisen Steigerungen.

Nach oben angeführter Systematik werden hier lediglich Tätigkeiten erfaßt, die von Unternehmen und freien Berufen ausgeübt werden. Darunter fallen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Heime verschiedener Art, Körperpflegegewerbe, Gebäudereinigung, Bildungs- und Gesundheitswesen, Rechts- und Steuerberatung und anderes mehr. Obwohl auch Handel und Verkehr, Kredit- und Versicherungswesen als Dienstleistungen verstanden werden können, fallen sie nicht in diese Abteilung. Sie werden gesondert ausgewiesen. In Schleswig-Holstein wurden 34 000 Arbeitsstätten dem Bereich der Dienstleistungen zugeordnet. Seit 1970 hat sich ihre Zahl um 56 % erhöht. Einen Zuwachs gab es in allen Kreisen. Pinneberg stellt mit 3 600 Arbeitsstätten den höchsten Wert. Das entspricht einem Anteil von 11 % der Arbeitsstätten in der Abteilung Dienstleistungen. Am unteren Ende der Skala befindet sich Neumünster. Bei nur 838 Dienstleistungsbetrieben fiel der Zuwachs von 200 Arbeitsstätten deutlich geringer aus als in den anderen Kreisen. Dennoch wird auch im Kreisvergleich der Strukturwandel zum Dienstleistungssektor deutlich. Der Anteil der Dienstleistungen stieg von 25 % im Jahre 1970 auf inzwischen 33 % aller Arbeitsstätten. Die Zahl der Beschäftigten pro Arbeitsstätte stieg in Schleswig-Holstein von 4,3 auf 5,2.

Die Abteilung Organisationen ohne Erwerbszweck beinhaltet unter anderem die Kirchen, Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, Verbände und Parteien. Hier wurde die mit 74 % für das Bundesland höchste prozentuale Steigerung festgestellt. Mit insgesamt 3 091 Arbeitsstätten kommt die Wirtschaftsabteilung auf 3,1 % der Landessumme. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hatte die von allen Kreisen kräftigste absolute Zunahme. Den mit 157 % relativ höchsten Zuwachs hatte Segeberg. In Kiel sind die meisten Arbeitsstätten dieser Wirtschaftsabteilung vorzufinden (409 Arbeitsstätten). Neumünster hat den niedrigsten Wert (96 Arbeitsstätten). In erster Linie konnten die Organisationen zulegen, die nicht für Unternehmen tätig waren. Dies könnte darauf hinweisen, daß der außerberufliche Lebensbereich der Menschen an Bedeutung gewonnen hat.

Die zunehmende Inanspruchnahme staatlicher Dienstleistungen wie auch das Bedürfnis der Bevölkerung nach sozialer Absicherung finden im Wirtschaftszweig Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen ihren Niederschlag. Ihm wurden 4,8 % der Arbeitsstätten des Landes zugerechnet. Schleswig-Holstein verzeichnete hier einen Zuwachs von 21 %. Lediglich in Dithmarschen (– 9 Arbeitsstätten), Lauenburg (– 2) und Ostholstein (– 5) wurden weniger Arbeitsstätten als 1970 gezählt. Ansonsten erstreckt sich die Ausweitung dieser Abteilung von 2,7 % in Steinburg bis zu 137 % in Flensburg. Kiel liegt auch hier mit insgesamt 613 Arbeitsstätten oben an. Als Universitäts- und Landeshauptstadt ist dies nicht verwunderlich.

Mit 9,3 Beschäftigten je Arbeitsstätte benötigten die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger annähernd so viele Personen wie 1970. In den Kreisen wurde die Beschäftigtenzahl je Arbeitsstätte größtenteils aufgestockt. Flensburg schlägt allerdings mit einem Rückgang um 52 % zu Buche. Das heißt, es werden dort pro Arbeitsstätte statt 106 nur noch 51 Leute beschäftigt. Vermutlich sind einige große, personalreiche Arbeitsstätten örtlich getrennt worden. Die Zahl der Arbeitsstätten hat sich in Flensburg nämlich mehr als verdoppelt, wobei die Gesamtzahl der Beschäftigten ebenfalls gestiegen ist.

Birgit Herdejürgen

Aus unserem Archiv

Innerdeutsche Wanderungsbilanz anhand des Geburtsortes der Einwohner 1880 und 1900

Für Zeiten vor 1949 (Beginn der Wanderungssstatistik, siehe Tabelle 18) kann man nur aus anderen Statistiken behelfsmäßig auf den Umfang und die Richtung der Wanderungsbewegung schließen. Eine solche Möglichkeit bieten Volkszählungen, bei denen für jeden Einwohner der Geburtsort ermittelt wurde (Tabelle 14). Wenn man in zwei Gebieten die Zahl derjenigen Einwohner feststellt, die jeweils in dem anderen Gebiet geboren sind, so erhält man ein Bild von dem Wanderungsstrom, der

zwischen diesen Gebieten stattgefunden hat. Allerdings ist zu beachten, daß in dieser Tabelle immer die "ortsanwesende" Bevölkerung gezählt wurde, zu der auch zufällig Anwesende gehören. Die nachstehenden Zahlen sind ein Anhaltspunkt für das Ergebnis der ständigen Wanderungsbewegungen über die Grenzen Schleswig-Holsteins, wie es sich zum Zeitpunkt der beiden Zählungen herausgebildet hatte. Das Ausland ist dabei nicht berücksichtigt.

Preußische Provinzen, deutsche Staaten (Gebietsstand 1880 bzw. 1900)	1. 12. 1880			1. 12. 1900					
	Von der ortsanwesenden Bevölkerung		Saldo	Von der ortsanwesenden Gesamtbevölkerung		Saldo	Von der ortsanwesenden männl. Bevölkerung		Saldo
	Schleswig- Holsteins	des in der Vorspalte genannten Gebietes		Schleswig- Holsteins	des in der Vorspalte genannten Gebietes		Schleswig- Holsteins	des in der Vorspalte genannten Gebietes	
	sind geboren in dem in der Vorspalte genannten Gebiet	in Schleswig- Holstein		sind geboren in dem in der Vorspalte genannten Gebiet	in Schleswig- Holstein		sind geboren in dem in der Vorspalte genannten Gebiet	in Schleswig- Holstein	
	Personen								
Provinz Ostpreußen	3 180	468	+ 2 712	23 215	1 600	+ 21 615	11 839	1 135	+ 10 704
" Westpreußen	2 255	414	+ 1 841	8 133	1 204	+ 6 929	4 971	700	+ 4 271
" Pommern	5 568	677	+ 4 891	13 668	1 867	+ 11 801	9 299	967	+ 8 332
" Posen	1 831	224	+ 1 607	8 064	2 134	+ 5 930	5 350	1 806	+ 3 544
" Brandenburg	5 459	4 623	+ 836	10 329	6 732	+ 3 597	7 064	3 748	+ 3 316
Stadt Berlin				3 304	6 635	- 3 331	2 071	3 783	- 1 712
Provinz Schlesien	3 938	669	+ 3 269	8 980	1 733	+ 7 247	6 632	974	+ 5 658
" Sachsen	5 189	1 294	+ 3 895	11 475	3 312	+ 8 163	7 811	1 732	+ 6 079
" Hannover	13 550	5 666	+ 7 884	25 029	12 811	+ 12 218	13 603	6 943	+ 6 660
" Westfalen	1 506	767	+ 739	3 983	3 291	+ 692	2 686	2 036	+ 650
" Hessen-Nassau	1 289	764	+ 525	2 821	1 973	+ 848	1 899	1 078	+ 821
" Rheinland	1 523	1 262	+ 261	4 172	5 005	- 833	2 906	3 120	- 214
" Hohenzollern	15	3	+ 12	28	8	+ 20	17	4	+ 13
Preußen (ohne Schleswig-Holstein) zusammen	45 303	16 831	+ 28 472	123 201	48 305	+ 74 896	76 148	28 026	+ 48 122
Bayern	673	468	+ 205	2 291	1 203	+ 1 088	1 628	803	+ 825
Sachsen (Königreich)	2 210	1 293	+ 917	5 096	2 835	+ 2 261	3 801	1 606	+ 2 195
Württemberg	335	145	+ 190	997	376	+ 621	771	239	+ 532
Baden	312	274	+ 38	939	873	+ 66	644	562	+ 82
Hessen	310	176	+ 134	704	603	+ 101	485	369	+ 116
Mecklenburg (beide)	12 709	3 688	+ 9 021	23 476	6 215	+ 17 261	13 129	3 149	+ 9 980
Braunschweig	878	427	+ 451	1 831	842	+ 989	1 125	442	+ 683
Oldenburg ¹⁾	6 485	6 840 ^{a)}	- 355	8 982	7 892 ^{b)}	+ 1 090	4 818	3 551	+ 1 267
Lübeck	3 478	6 504	- 3 026	5 414	11 937	- 6 523	2 587	5 675	- 3 088
Bremen	607	943	- 336	1 457	2 170	- 713	853	1 247	- 394
Hamburg	14 699	70 377	- 55 678	36 351	113 133	- 76 782	17 033	47 089	- 30 056
Elsaß-Lothringen	87	1 271	- 1 184	509	1 544	- 1 035	348	1 293	- 945
Übrige deutsche Staaten	2 413	520	+ 1 893	5 572	1 518	+ 4 054	3 936	752	+ 3 184
Deutsches Reich (ohne Schleswig-Holstein) insgesamt	90 499	109 757	- 19 258	216 820	199 446	+ 17 374	127 306	94 803	+ 32 503

1) zur Hauptsache Landesteil Fürstentum Lübeck

a) darunter im Landesteil Fürstentum Lübeck 6 423

b) " " " " " 6 993

QUELLEN: 1880: Kaiserl. Statist. Amt, Stat. d. Dt. Reichs, I. Reihe, Bd. 57
1900: Kaiserl. Statist. Amt, Stat. d. Dt. Reichs, N.F. Bd. 150 und 151

Entnommen aus: Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

42. Jahrgang . Heft 10 . Oktober 1990

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990				
				Monats- durchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 560	2 574	2 571	2 573	2 576
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 439	1 437	1 897	1 730	1 967	2 738	2 314	1 832
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,7	6,7	9,0	7,9	9,0
Lebendgeborene	Anzahl	2 276	2 281	2 168	2 532	2 395	2 402	2 275	2 674
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,6	10,6	10,3	11,6	11,0
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 535	2 546	2 422	2 452	2 442	2 552	2 382	2 552
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	11,9	11,5	11,2	11,2
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	15	13	19	12	18	18	13
je 1 000 Lebendgeborene		6,6	6,6	6,0	7,5	5,0	7,5	7,9	4,9
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 259	- 264	- 254	+ 80	- 47	- 150	- 107	122
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,2	- 1,2	- 1,2	+ 0,4	- 0,2
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 671	7 672	6 193	7 358	8 753
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 638	4 904	4 221	5 293	5 597
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 033	+ 2 768	+ 1 972	+ 2 065	+ 3 156
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	8 977	9 121	7 945	9 291	9 427
Wanderungsfälle	Anzahl	19 286	21 697	18 359	21 942	23 777
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	101	92	95	93	90	87	89	85	85
darunter Männer	1 000	61	57	51	52	51	49	47	48	46	46
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	8,2	6,5	7,0	2,9	1,4	2,6	1,5	1,0	0,6	0,6
darunter Männer	1 000	7,2	5,8	4,7	2,2	1,1	2,4	1,4	0,8	0,5	0,5
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	5,7	6,5	7,3	6,3	6,5	11,7	12,0	10,2	9,6	9,6
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 481 ^a	1 491 ^a	1 493	.	.	.	1 504	.	.	.
darunter Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	481 ^a	480 ^a	444	.	.	.	437	.	.	.
Schweine	1 000	1 540 ^a	1 451 ^a	.	.	1 557	.	.	.	p 1 502	.
darunter Zuchtsauen	1 000	151 ^a	144 ^a	.	.	148	.	.	.	p 147	.
darunter trächtig	1 000	103 ^a	99 ^a	.	.	99	.	.	.	p 101	.
SCHLACHTUNGEN ²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	43	41	31	34	45	40	36	42	55	55
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	212	189	186	180	182	193	173	208	242	242
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1
SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	30,9	29,0	25,4	25,8	29,8	29,8	26,8	31,6	38,9	38,9
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	13,0	12,7	9,6	10,5	14,1	12,6	11,5	13,2	17,0	17,0
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,6	16,0	15,5	15,0	15,2	16,9	14,9	18,0	21,6	21,6
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	302	312	308	311	311	318	322	316	308	308
Kälber	kg	127	131	133	129	130	126	131	134	130	130
Schweine	kg	84	85	84	83	84	88	87	87	89	89
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	98	99
für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
für Masthühnerküken											
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	121	77
MILCHERZEUGUNG											
1 000 t		198	201	222	206	197	239	211	195	194	194
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	98	96	94	98	98	97	94	94
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,7	15,4	13,8	13,2	16,1	14,6	13,1	13,0	13,0

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989				1990			
			Monats- durchschnitt	Juní	Juli	August	Maí	Juní	Juli	August	
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE ¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	169	169	170	171	175	176	178	180	
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	112	114	114	115	116	117	119	120	121	
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 433	15 483	15 873	14 713	15 094	16 175	16 115	15 099	16 299	
Lohnsumme	Mill. DM	344,4	360,4	366,0	355,8	371,5	392,6	406,6	407,3	409,3	
Gehaltssumme	Mill. DM	252,4	270,4	284,3	257,1	259,7	295,6	317,9	286,4	284,3	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 956	2 274	2 600	1 986	2 336	2 355	2 062	2 097	2 042	
aus dem Inland	Mill. DM	1 238	1 437	1 832	1 338	1 453	1 708	1 409	1 492	1 435	
aus dem Ausland	Mill. DM	718	837	768	648	884	647	653	605	606	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 194	3 414	3 532	3 198	3 165	3 550	3 750	3 608	3 838	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 427	2 595	2 635	2 437	2 467	2 779	2 880	2 894	3 042	
Auslandsumsatz	Mill. DM	768	819	897	761	698	771	870	713	796	
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15	
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	45,4	47,0	
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	63	
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7	
schweres Heizöl	1 000 t	67	56	
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	272	281	275	266	255	294	296	281	303	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	33	34	31	32	31	33	31	33	32	
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	113,0	115,3	114,1	105,6	100,2	
BAUHAUPTGEWERBE ⁷⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 301	39 744	40 075	40 163	40 619	40 376	40 617	40 845	41 336	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 262	4 382	5 095	4 635	4 897	4 963	4 716	4 756	5 103	
Wohnungsbauten	1 000	1 593	1 623	1 821	1 686	1 765	1 913	1 782	1 810	1 983	
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 071	1 181	1 390	1 254	1 324	1 251	1 220	1 204	1 255	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 522	1 493	1 761	1 576	1 707	1 673	1 619	1 635	1 726	
Lohnsumme	Mill. DM	91,8	97,2	102,7	100,8	109,8	114,5	106,8	113,6	119,0	
Gehaltssumme	Mill. DM	18,6	19,3	19,9	19,2	18,7	20,7	21,7	21,2	20,7	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	359,5	390,8	448,4	423,6	406,9	462,5	453,1	492,5	520,8	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	224,2	236,4	263,4	257,4	298,7	275,4	295,8	276,3	310,5	
AUSBAUGEWERBE ⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	7 134	7 542	7 360	7 401	7 616	8 019	8 007	8 080	8 394	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	848	896	905	853	935	996	925	945	1 016	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	21,6	22,2	21,3	22,3	24,8	25,2	25,2	27,6	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	57,5	64,0	65,2	61,5	57,3	67,9	67,2	77,8	73,0	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG ¹⁰⁾											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 299	2 185	1 844	1 886	1 663	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	939	944	761	884	856	
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
				2.Vj.89				2.Vj.90			
HANDWERK (Meßzahlen) ¹¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	99,0	101,2	100,2	.	.	.	107,2	.	.	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	150,5	189,2	155,4	.	.	.	163,4	.	.	

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ). 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE. 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE. 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE. 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. 7) Ab März 1990 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1. 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1. 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein. 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1989			1990			
		Monats- durchschnitt		Junl	Juli	August	Mai	Junl	Juli	August
BAUTATIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	435	440	550	506	544	689	630	599	509
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	386	373	446	442	471	548	534	498	395
2 Wohnungen	Anzahl	33	40	55	43	39	84	62	53	59
Rauminhalt	1 000 m ³	319	353	464	371	437	682	544	542	501
Wohnfläche	1 000 m ²	56	63	85	69	79	123	98	98	91
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	113	137	129	179	163	162	160	150
Rauminhalt	1 000 m ³	515	557	562	671	1 163	781	417	746	626
Nutzfläche	1 000 m ²	86	90	98	108	162	131	74	118	105
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	634	730	1 002	737	982	1 542	1 181	1 193	1 396
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	923,9	1 046,3	1 154,5	1 071,4	960,9	1 132,9	902,8
davon Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	150,8	184,9	215,4	162,6	175,5	182,7	119,9
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	773,2	861,4	939,2	908,8	785,4	950,2	782,8
davon										
Rohstoffe	Mill. DM	13,2	16,2	16,2	13,9	13,7	14,3	14,4
Halbwaren	Mill. DM	54,8	64,6	62,0	63,8	57,5	63,8	55,0
Fertigwaren	Mill. DM	705,2	780,6	861,0	831,1	714,2	872,1	713,5
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. DM	124,0	125,7	152,2	118,8	115,0	127,6	118,2
Enderzeugnisse	Mill. DM	581,2	654,9	708,8	712,3	599,1	744,5	595,2
nach ausgewählten Verbrauchsändern										
EG-Länder	Mill. DM	457,6	514,1	562,9	495,6	481,7	589,3	498,5
darunter Niederlande	Mill. DM	85,9	104,7	114,7	93,7	96,8	109,0	98,8
Frankreich	Mill. DM	83,3	93,4	91,9	110,0	82,6	91,7	81,2
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	78,9	84,5	85,3	87,9	96,1	85,2	79,5
Dänemark	Mill. DM	77,5	74,5	83,8	56,9	72,3	90,0	68,7
EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	110,2	p 116,2	p 117,4	p 118,9	p 115,6	p 129,4	p 125,8	p 139,8	...
GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	106,9	p 111,2	p 130,8	p 157,7	p 153,0	p 131,6	p 141,8	p 168,6	...
FREMDENVKEHR IN BEHERBERGUNGSTATTEN MIT 9 UND MEHR GASTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	266	287	396	509	444	p 410	p 453	p 524	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	32	37	46	87	60	p 42	p 53	p 94	...
Übernachtungen	1 000	1 432	1 471	2 152	3 198	3 086	p 1 979	p 2 550	p 3 344	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	72	82	141	129	p 80	p 101	p 161	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT ¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 450	...	1 506	1 381	1 447
Güterversand	1 000 t	880	...	993	633	825
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	147	136	129	128	135	134	152	141	...
Güterversand	1 000 t	163	158	141	202	180	184	161	178	...
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE ²⁾										
darunter Krafträder	Anzahl	239	258	343	225	160	529	362
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	9 044	8 970	9 852	8 347	7 914	10 626	10 134
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	437	467	551	476	373	562	593
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 426	1 399	1 705	1 658	1 439	1 700	1 700	p 1 575	p 1 764
Getötete Personen	Anzahl	31	29	33	27	25	26	16	p 37	p 33
Verletzte Personen	Anzahl	1 832	1 802	2 145	2 175	1 878	2 182	2 215	p 2 114	p 2 311

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1988	1989	1999			1990			
		Monats- durchschnitt ¹⁾		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN ²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	77 967	80 020	79 259	79 320	79 264	80 952	81 284	80 814	80 053
darunter										
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	76 574	78 780	77 841	77 909	77 851	79 527	79 827	79 345	79 453
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 933	9 784	9 522	9 375	9 132	10 326	10 693	10 300	10 000
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 742	9 336	9 265	9 176	8 945	9 924	10 422	9 993	9 808
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	191	448	257	199	187	402	271	307	192
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 225	4 157	4 057	4 039	4 141	4 251	4 298	4 236	4 364
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 525	3 636	3 532	3 511	3 595	3 665	3 662	3 644	3 682
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	701	521	525	528	547	586	636	592	682
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	63 416	64 839	64 261	64 495	64 578	64 951	64 836	64 809	65 089
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 593	48 165	47 356	47 561	47 735	48 603	48 619	48 754	48 982
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 832	16 674	16 905	16 934	16 843	16 348	16 217	16 054	16 107
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	57 188	60 676	57 033	57 762	58 625	60 737	60 612	61 417	61 951
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	36 452	40 596	37 041	37 918	38 816	41 671	41 608	42 548	43 085
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 834	32 511	29 599	30 348	30 927	33 528	33 705	34 522	34 936
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	7 618	8 086	7 441	7 570	7 889	8 143	7 903	8 026	8 149
Spareinlagen	Mill. DM	20 736	20 080	19 992	19 844	19 809	19 066	19 004	18 869	18 866
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 095	4 103	2 909	.	.	.	3 436	.	.
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 074	3 786	3 185	.	.	.	3 827	.	.
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	r 53	59	65	53	34	50	40	39	51
Vergleichsverfahren	Anzahl	r -	-	-	-	-	1	-	3	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	156	142	158	146	136	110	130
Wechselsumme	Mill. DM	1,1	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	2,2
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART		Vierteljahres- durchschnitt		2.Vj.89		2.Vj.90				
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 883,2	3 099,1	2 913,6	-	-	-	2 576,8	-	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 016,4	2 178,7	2 030,7	-	-	-	1 769,2	-	-
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 466,4	1 574,5	1 435,8	-	-	-	1 358,7	-	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,6	349,4	275,5	-	-	-	229,6	-	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	45,2	71,6	116,2	-	-	-	75,8	-	-
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	201,3	183,3	203,3	-	-	-	105,2	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	866,8	920,3	882,9	-	-	-	807,5	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	503,0	519,2	451,8	-	-	-	513,5	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	363,7	401,1	431,1	-	-	-	294,0	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	130,5	142,6	114,8	-	-	-	47,1	-	-
Zölle	Mill. DM	0,1	- 0,0	- 0,0	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	115,0	122,8	102,7	-	-	-	34,1	-	-
Landessteuern	Mill. DM	192,9	212,2	219,9	-	-	-	215,5	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	34,8	35,8	31,6	-	-	-	34,9	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	80,8	92,1	109,8	-	-	-	95,2	-	-
Biersteuer	Mill. DM	6,9	6,9	7,2	-	-	-	7,7	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	308,7	334,0	325,1	-	-	-	320,2	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,8	7,9	-	-	-	7,5	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	71,4	76,9	69,6	-	-	-	70,7	-	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	220,9	238,0	234,6	-	-	-	225,9	-	-
nach Ertrag und Kapital (brutto)										
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 488,0	1 620,0	1 499,4	-	-	-	1 311,7	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,4	860,0	793,2	-	-	-	721,3	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563,4	598,2	573,9	-	-	-	524,9	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	17,5	-	-	-	18,4	-	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 638,5	1 734,2	1 590,5	-	-	-	1 519,9	-	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	945,7	998,8	950,7	-	-	-	781,6	-	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	482,2	503,9	402,3	-	-	-	504,3	-	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	17,7	19,3	17,5	-	-	-	18,4	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	557,7	611,2	576,3	-	-	-	576,4	-	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	185,5	199,4	199,6	-	-	-	189,1	-	-
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	284,4	315,8	286,2	-	-	-	293,1	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM									

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1988	1989	1989			1990				
			Monats- durchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT 1985 = 100										
Einfuhrpreise	80,8	84,4	85,2	83,9	84,2	81,1	80,6	80,6
Ausfuhrpreise	99,3	102,1	102,6	102,4	102,4	102,1	102,2	102,3
Grundstoffpreise ⁶⁾ 1980 = 100	102,2	107,7	108,5	107,5	108,1	104,7	104,1
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	96,3	99,3	99,2	99,3	99,4	100,8	100,8	100,7
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	91,8	99,8	100,8	101,7	103,8	p 98,9	p 98,9
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude 1980 = 100	121,2	125,5	.	.	126,3	133,0
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	91,4	96,4	97,1	97,2	97,5	96,7	96,2
Einzelhandelspreise 1980 = 100	118,5	121,1	121,7	121,4	121,2	123,9	123,8	123,4	123,8	123,8
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	101,4	104,2	104,4	104,3	104,2	106,7	106,8	106,8	107,1	107,1
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	100,3	102,6	103,2	102,9	102,3	106,3	106,2	105,9	105,6	105,6
Bekleidung, Schuhe	104,5	106,0	106,0	105,9	106,0	107,2	107,2	107,3	107,4	107,4
Wohnungsmieten	105,6	108,8	108,7	109,0	109,2	112,0	112,3	112,7	113,1	113,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	78,1	82,0	81,1	80,9	81,6	83,1	82,7	82,6	85,9	85,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	103,3	104,9	104,9	105,0	105,3	107,1	107,2	107,5	107,6	107,6
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	764	786	.	794
darunter Facharbeiter	798	827	.	835
weibliche Arbeiter	536	552	.	558
darunter Hilfsarbeiter	508	526	.	534
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	18,78	19,44	.	19,52
darunter Facharbeiter	19,71	20,49	.	20,58
weibliche Arbeiter	13,62	14,07	.	14,18
darunter Hilfsarbeiter	12,90	13,34	.	13,49
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,6	40,4	.	40,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,3	39,2	.	39,4
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 609	4 759	.	4 765
weiblich	3 159	3 285	.	3 295
Technische Angestellte										
männlich	4 699	4 849	.	4 864
weiblich	3 075	3 217	.	3 228
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 690	3 831	.	3 817
weiblich	2 529	2 634	.	2 609
Technische Angestellte										
männlich	3 648	3 772	.	3 855
weiblich	(2 578)	(2 653)	.	(2 624)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 986	4 126	.	4 111
weiblich	2 708	2 823	.	2 805
Technische Angestellte										
männlich	4 631	4 779	.	4 801
weiblich	3 064	3 205	.	3 216

1) Bestandszahlen bei Kredits und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Wohnungswesen					Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
Jahr	zum Bau genehmigte Woh-nungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb-lichen Wirtschaft	Ankünfte:		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungs-bau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1985	8	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 133 ^a	10 156	4 858	1 521	8 514	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 141	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	12 555 ^b	6 169 ^b	1 898 ^b	10 337 ^b	3 448	444	17 550	866

Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.					Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs- opfer fürsorge	
Jahr	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins- gesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt			
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1985	1 265	54	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^c	66,9	
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2	
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7	
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	...	82,8	

Steuern									Fundierte Schulden			
Jahr	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchsteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
Mill. DM												
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857

Preisindizes im Bundesgebiet						Löhne und Gehälter							
Jahr	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn- gebäude 1980 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst		
	gewerb- licher Produkte 1985 = 100	landwirt- schaft- licher Produkte 1985 = 100		ins- gesamt	Nahrungs- mittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
								kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokrant)		
												Männer	Frauen
DM													
1985	100,0	100,0	114,5	100,0	100,0	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530	
1986	97,5	94,3	116,2	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616	
1987	95,1	91,7	118,6	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703	
1988	96,3	91,8	121,2	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767	
1989	99,3	99,8	125,5	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805	

- 1) Errichtung neuer Gebäude. 2) 1. Förderungsweg. 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR. 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr. 5) einschließlich Kombinationskraftwagen. 6) ohne Postsparanlagen. 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände. 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau. 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind.
- a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987. b) vorläufige Ergebnisse. c) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung.

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 1. 1990			Bevölkerungsveränderung im Januar 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1990 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	86 700	0,1	1,1	- 26	144	118	38	-	46
KIEL	243 654	0,0	1,3	- 117	192	75	164	2	195
LÜBECK	213 248	0,1	1,3	- 132	448	316	166	1	216
NEUMÜNSTER	80 280	- 0,1	0,9	- 57	43	- 14	50	-	62
Dithmarschen	128 231	0,2	1,0	- 68	333	265	82	-	117
Hsgt. Lauenburg	157 208	0,2	1,8	- 46	394	348	116	4	158
Nordfriesland	151 275	0,2	1,2	- 30	278	248	169	6	227
Ostholstein	187 419	0,3	1,9	- 86	590	504	175	3	232
Pinneberg	266 119	0,2	1,4	- 86	530	444	156	-	198
Plön	118 571	0,5	1,9	- 40	600	560	83	1	108
Rendsburg-Eckernförde	245 062	0,1	0,8	- 113	461	348	131	4	163
Schleswig-Flensburg	178 994	0,2	1,3	- 55	432	377	98	5	141
Segeberg	218 000	0,1	1,7	- 95	419	324	137	3	181
Steinburg	127 325	0,2	1,0	- 67	326	259	89	1	125
Stormarn	196 881	0,1	1,3	- 94	283	189	110	3	142
Schleswig-Holstein	2 598 967	0,2	1,3	- 1 112	5 473	4 361	1 764	33	2 311

KREISFREIE STADT	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1990		
	Betriebe am 31. 8. 1990	Beschäftigte am 31. 8. 1990	Umsatz ⁴⁾ im August 1990 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner 7)
FLensburg	67	9 139	198	40 343	36 147	417
KIEL	131	22 731	372	113 134	101 193	415
LÜBECK	140	21 580	475	96 397	86 406	405
NEUMÜNSTER	75	10 691	131	40 773	36 286	452
Dithmarschen	69	7 246	322	76 445	62 441	487
Hsgt. Lauenburg	106	9 068	132	92 788	80 575	513
Nordfriesland	60	3 480	101	92 059	75 517	499
Ostholstein	81	6 597	151	105 276	90 903	485
Pinneberg	193	21 749	482	150 468	131 648	495
Plön	45	2 803	50	68 494	58 274	491
Rendsburg-Eckernförde	124	10 570	174	144 339	121 991	498
Schleswig-Flensburg	80	5 420	136	107 920	88 344	494
Segeberg	193	19 639	453	143 183	123 340	566
Steinburg	82	9 337	218	75 252	62 410	490
Stormarn	169	19 469	441	120 628	106 427	541
Schleswig-Holstein	1 615	179 519	3 838	1 467 499	1 261 902	486

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 11. 1989 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand am 31. 1. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1989			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 8. 1990	Kurzarbeiter Monatsmitte August 1990	offene Stellen 31. 8. 1990	Schweine insgesamt am 3. 4. 1990	Rindvieh am 3. 6. 1990	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
in %		in 1 000							
Schleswig-Holstein	2 578,5	+ 0,9	+ 0,6	85,1	0,6	9,6	1 463	1 504	437
Hamburg	1 614,0	+ 1,3	+ 0,9	72,3	0,3	9,0	5	12	2
Niedersachsen	7 237,7	+ 1,1	+ 0,8	264,1	1,7	27,0	6 945	3 341	939
Bremen	670,9	+ 1,6	+ 1,5	39,0	0,4	3,7	7	23	4
Nordrhein-Westfalen	16 995,7	+ 1,7	+ 0,9	610,8	7,9	70,5	5 970	1 918	522
Hessen	5 620,8	+ 2,1	+ 1,1	130,4	0,9	24,4	1 040	732	238
Rheinland-Pfalz	3 681,9	+ 1,4	+ 0,9	87,0	4,6	13,5	533	554	186
Baden-Württemberg	9 545,0	+ 2,8	+ 1,5	178,6	5,7	79,3	2 257	1 599	592
Bayern	11 152,9	+ 2,3	+ 1,2	223,7	3,3	75,0	3 781	4 912	1 834
Saarland	1 058,8	+ 0,3	+ 0,5	37,8	0,2	3,9	36	68	22
Berlin (West)	2 103,5	+ 4,5	+ 2,2	84,0	0,8	8,2	3	1	0
Bundesgebiet	62 259,7	+ 1,9	+ 1,1	1 812,8	26,5	324,2	22 040	14 663	4 775

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Mai 1990	
	Beschäftigte am 31. 5. 1990 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Mai 1990		Beschäftigte am 31. 5. 1990 in 1 000	je 1 000 Einwohner 4)	zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %			Anzahl	je 10 000 Einwohner 4)
Schleswig-Holstein	175	3 550	22	40	16	1 542	6,0
Hamburg	134	7 290	16	21	13	466	2,9
Niedersachsen	669	16 252	34	109	15	5 203	7,2
Bremen	81	2 252	36	10	15	270	4,0
Nordrhein-Westfalen	2 011	41 974	30	232	14	5 983	3,5
Hessen	651	12 132	31	89	16	2 392	4,3
Rheinland-Pfalz	382	8 782	38	60	16	2 426	6,6
Baden-Württemberg	1 512	27 809	32	170	18	7 724	8,1
Bayern	1 433	26 157	33	235	21	7 682	6,9
Saarland	139	2 611	34	17	16	453	4,3
Berlin (West)	169	4 338	12	35	16	954	4,5
Bundesgebiet	7 357	153 529	31	1 017	16	35 095	5,6

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 1. 1990	Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im Juni 1990					Bestand an Spar- einlagen 8)	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle	28. 2. 1990 in DM je Einw. 4)	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)						im 1. Vierteljahr 1990		
									in DM je Einwohner ⁹⁾		
in 1 000											
Schleswig-Holstein	1 438	1 237	480	1 700	16	2 215	131	7 636	645	558	...
Hamburg	738	666	412	1 039	6	1 370	132	10 372	827	3 317	...
Niedersachsen	4 084	3 489	482	3 913	114	5 100	133	9 133	642	545	...
Bremen	308	278	414	400	2	450	113	10 580	737	1 275	...
Nordrhein-Westfalen	8 962	7 999	471	6 883	126	8 983	132	9 847	738	1 222	...
Hessen	3 352	2 915	519	2 905	61	3 847	135	11 537	808	999	...
Rheinland-Pfalz	2 203	1 864	506	1 824	64	2 360	133	10 729	685	628	...
Baden-Württemberg	5 700	4 841	507	4 316	107	5 826	137	11 991	820	939	...
Bayern	6 789	5 553	498	5 439	168	7 483	141	12 226	716	778	...
Saarland	606	539	509	553	7	687	125	9 787	636	666	...
Berlin (West)	822	719	342	1 287	5	1 594	124	9 119	558	1 275	...
Bundesgebiet	35 001	30 100	483	30 506	685	40 225	134	10 627	729	1 010	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; in den Ergebnissen sind erstmals die durch die Arbeitsstättenzählung 1987 neu aufgefundenen Erhebungseinheiten vollständig mitenthalten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Endgültige Werte 4) Bevölkerungsstand am 30. 9. 1989
 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn
 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1989



Amtliche Statistik in Bildschirmtext

Vergleichbare Daten auf Knopfdruck

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein bietet ausgewählte Ergebnisse der amtlichen Statistik für Schleswig-Holstein unter der Btx-Nummer

* 444 50 #

an. Die nebenstehende Hauptübersicht gibt die Inhalte des Btx-Angebotes wieder. Alle Seiten sind gebührenfrei.

Aus unserem Btx-Angebot

* Schleswig-Holstein in Zahlen

Dieses Kapitel ist ein Gemeinschaftsprogramm des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter. Es bietet auf z. Zt. rund 900 Seiten aktuelle Daten für nahezu alle Sachgebiete der amtlichen Statistik in Form von Grafiken und Tabellen. Die beiden Abbildungen zeigen den Aufbau der Seiten für die Beschäftigtenstatistik.

Das Datenangebot wird über ein alphabetisches Schlagwörterverzeichnis oder über eine Sachgebietsgliederung erschlossen.

Da die Btx-Seiten der Statistischen Landesämter einheitlich aufgebaut sind, können vergleichbare Ergebnisse für das Bundesgebiet und die übrigen Bundesländer abgerufen werden.

Stat. Landesamt Schl.-Holstein 0,00 DM

Schl.-Holstein

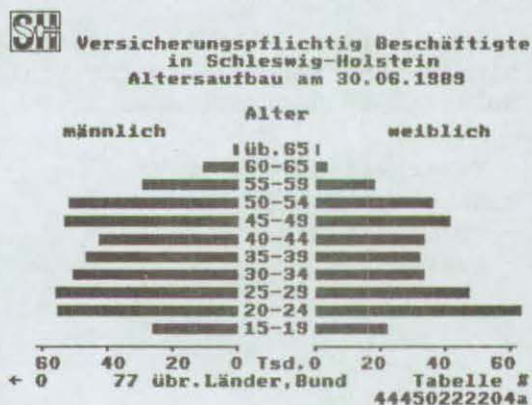
Statistik zwischen Nord- und Ostsee

- 1 Wirtschaftsstatisches Telegramm
- 2 Schleswig-Holstein in Zahlen
- 3 Daten für andere Bundesländer und das Bundesgebiet
- 4 Ergebnisse der Volkszählung in Schleswig-Holstein
- 5 Ihre Mitteilung an uns
- 6 Veröffentlichungen
- 7 Statistisches Amt der DDR

← 0

44450Sa

Stat. Landesamt Schl.-Holstein 0,00 DM



Stat. Landesamt Schl.-Holstein 0,00 DM

Schl.-Holstein

Versicherungspflichtig Beschäftigte in Schleswig-Holstein am 30.06.1989

Alter	Anzahl in 1.000		Anteil in %	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
15-19	25,8	21,8	6,1	6,6
20-24	55,3	63,0	13,0	19,1
25-29	56,1	47,2	13,2	14,3
30-34	50,5	33,1	11,9	10,0
35-39	46,8	32,1	11,0	9,7
40-44	42,8	33,0	10,1	10,0
45-49	53,4	41,1	12,6	12,5
50-54	52,1	35,9	12,3	10,9
55-59	29,6	18,0	7,0	5,5
60-64	10,7	3,5	2,5	1,1
üb. 64	1,5	0,9	0,3	0,3
insg.	424,7	329,7	100,0	100,0

← 0 77 übr. Länder, Bund # →

4445022212a

Stand: 1. 10. 1990

* Ergebnisse der Volkszählung 1987

Auf 11 Seiten werden Eckdaten aus der Volkszählung 1987 für Schleswig-Holstein präsentiert.

Außerdem stehen zur Verfügung:

Ergebnisse für alle Kreise des Bundesgebietes aus der Volkszählung und der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 in einheitlicher Form.

Ämtliche Statistik

0,00 DM

Kreisfreie Stadt Flensburg

Bevölkerung am 25.5.1987
nach 9 Altersgruppen

	Anzahl	%
Insgesamt	86554	100
davon im Alter von		
unter 5 Jahren	3998	4,6
5 bis unter 10 Jahren	3582	4,1
10 bis unter 15 Jahren	3910	4,5
15 bis unter 18 Jahren	3253	3,8
18 bis unter 25 Jahren	11713	13,5
25 bis unter 40 Jahren	18462	21,3
40 bis unter 65 Jahren	26200	30,3
65 bis unter 75 Jahren	7972	9,2
75 und mehr Jahren	7464	8,6

0+ 7=Regionalauswahl 8=Themenauswahl
260000000a

* Wirtschaftsstatistisches Telegramm

Dieses Kapitel enthält laufend aktualisierte Monatsergebnisse für Schleswig-Holstein zu den Bereichen

- Verarbeitendes Gewerbe
- Bauhauptgewerbe
- Fremdenverkehr
- Ausfuhr

Stat. Landesamt Schl.-Holstein 0,00 DM

Wirtschaftsstatistisches Telegramm

Ausfuhr Schleswig-Holsteins
Änderung der Ausfuhrwerte gegenüber
dem Vorjahreszeitraum in %
1980

	April	Mai	Jan. bis Mai
Ausfuhr insgesamt	-0,1	+13,3	+1,7
Ernährungswirtschaft	-28,0	-15,7	-12,1
Gewerbl. Wirtschaft	+6,7	+21,3	+4,8
darunter Fertigwaren	+8,3	+24,0	+5,8
Westl. Industrieländer	-3,7	+15,0	+6,6
darunter EG-Länder	-4,7	+8,4	+4,4
Entwicklungsländer	+49,1	+22,2	-23,4
Staatshandelsländer	-47,7	-19,1	+8,2
+ 0			8 →
			444501221a

* Wahlsonderdienst

Im Rahmen unseres Wahlsonderdienstes bieten wir für die jeweilige

- Europa-
- Bundestags-
- Landtags-
- Kommunalwahl

erste Ergebnisse noch in der Wahlnacht.

* Außerdem finden Sie unsere Veröffentlichungen unter der Btx-Nummer * 444 506 # .

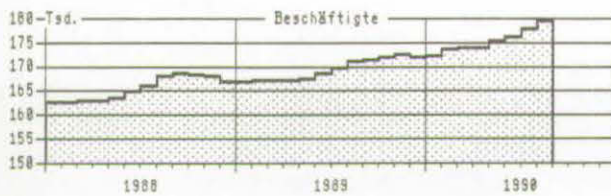
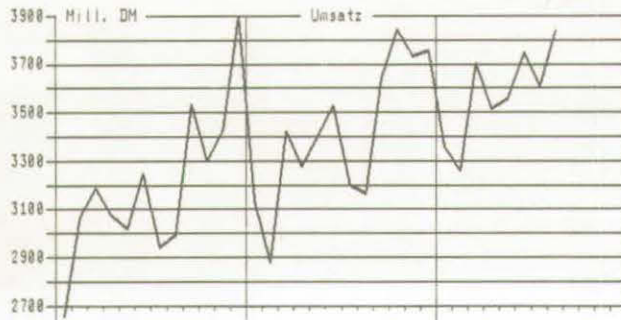
Weitere Informationen erhalten Sie von Herrn Schiebat,
Tel. 0431 - 6895 293 oder Btx * 444 50 #

Entwicklung im Bild

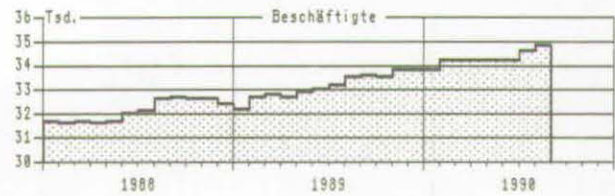
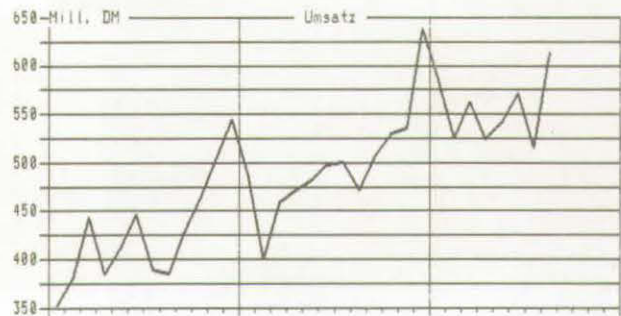
D 5849-B Stat. LA S-H

Verarbeitendes Gewerbe

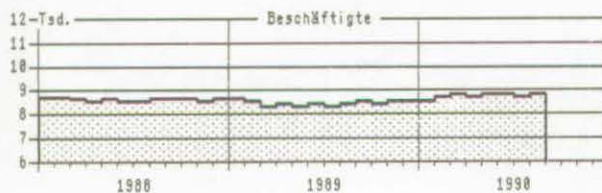
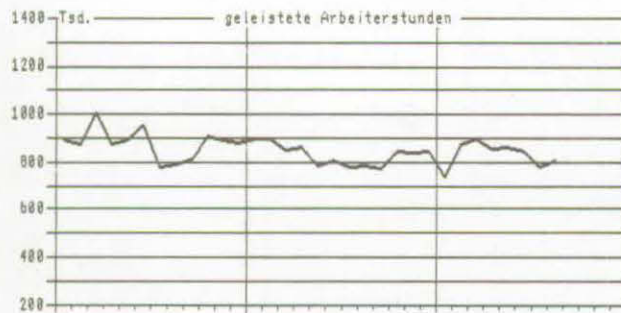
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



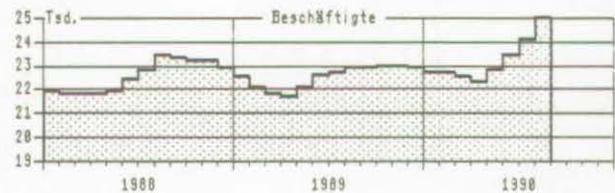
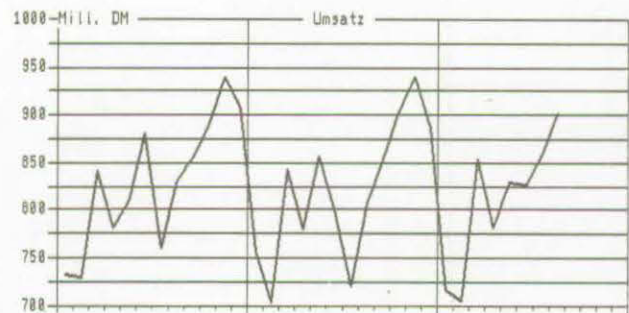
darunter Maschinenbau



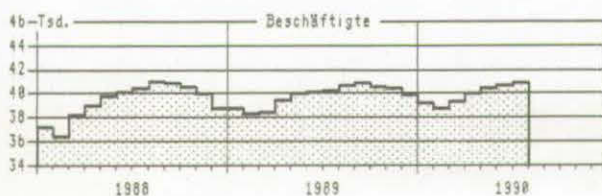
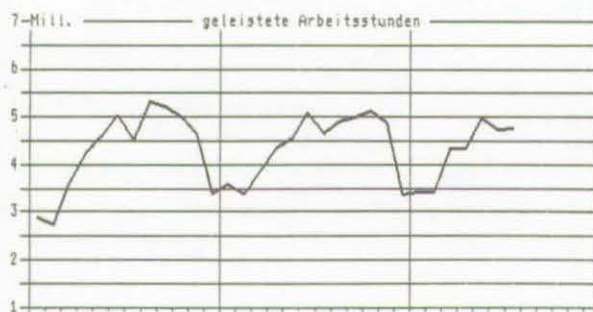
darunter Schiffbau



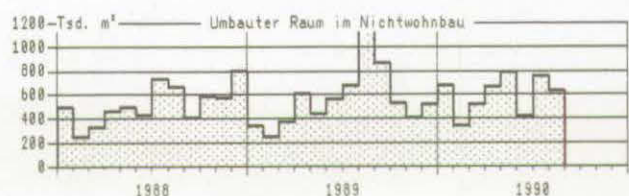
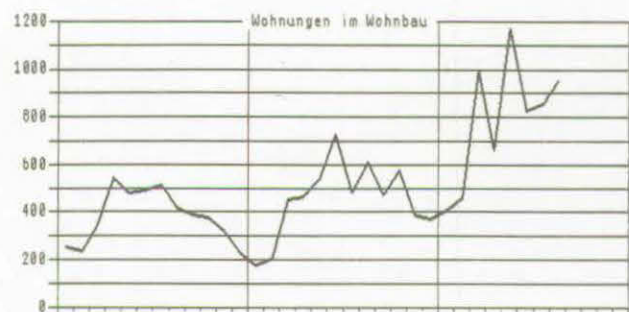
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 6 89 50

Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck

Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -